

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark, im Voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5.00 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Himmel“, „Stadtbeilage“, „Frauentimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Böhmerwelt“, „Kulturarbeit“ und „Lehramt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
6. Dezember 1927
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konparteilichkeit des „Vorwärts“ ist dem Reichsmark „Kleine Anzeigen“ das letzte Wort 25 Pfennig (zwei- und dreimalige Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Zielungsgebühr das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 8, wochentlich von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 290-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 87556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Disconto-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin SW 68

Die Besprechungen von Genf.

Keine Basis für englisch-russische Verständigung — aber dennoch Entspannung.

V. Sch. Genf, 5. Dezember.

Die Zusammenkunft zwischen Litwinow und Chamberlain hat im Hotelzimmer des englischen Außenministers stattgefunden und eine knappe Stunde gedauert. Nach ihrer Beendigung wurde folgendes Communiqué herausgegeben, dessen Inhalt in englischer Wortlaut aufgeführt und von Litwinow mit seiner Unterschrift gebilligt wurde:

„Da Litwinow bei Sir Austen Chamberlain eine Unterredung erbeten hatte, fand heute nachmittags im Hotel Beaurivage eine Zusammenkunft statt. Die Zusammenkunft gab Gelegenheit zu einem freimütigen Gedankenaustausch über die Beziehungen zwischen der Regierung der Union der Sowjetrepubliken und der britischen Regierung. Es war jedoch nicht möglich, in der Unterredung irgendeine Basis für eine Verständigung (Agreement) zu finden.“

Man könnte zunächst aus dem Wortlaut dieser gemeinsamen Unterredung schließen, daß die Unterredung völlig negativ verlaufen sei und nicht der geringste Fortschritt in der Frage der englisch-russischen Beziehungen zu verzeichnen sei. Indessen äußert man sich bei aller Zurückhaltung — sowohl auf englischer wie auf russischer Seite — keineswegs pessimistisch. Allein die Tatsache, daß diese Unterredung überhaupt stattfinden konnte, war schon ein Fortschritt. Sicher ist, daß die Tür zu weiteren Verhandlungen offen gelassen wurde. Einstweilen wird allerdings keine neue Begegnung in Genf stattfinden. Litwinow reist Dienstag — Mittwoch — diesmal, wie er selbst wiederholt versichert, bestimmt — ab. Der englische Pressedienst, der gefragt wurde, ob weitere Verhandlungen folgen würden, antwortete seinerseits: „Fragen Sie Herrn Litwinow,“ worauf noch einmütig der englische Standpunkt zum Ausdruck gebracht wurde, daß zwar die Initiative selbstverständlich von russischer Seite zu erfolgen hätte, daß aber England nach wie vor bereit wäre, über die Wiederannäherung zu verhandeln. Gegenstand der Unterredung bildete fast ausschließlich die Frage der russischen Propaganda in Asien. Chamberlain brachte dabei wiederholt zum Ausdruck, wie sehr er es

bedauere, daß er gezwungen gewesen sei, die Beziehungen eben wegen dieser Propaganda abzubrechen.

Chamberlain betonte, daß eine befriedigende Lösung dieser Propagandafrage, die einzige, allerdings unerläßliche Voraussetzung der Wiederaufnahme der Beziehungen bilde. Dem erwarteten Einwand der Russen, daß Sowjetrußland und Dritte Internationale Zweierlei seien, begegnete der Engländer von vornherein mit der kategorischen Erklärung, daß Großbritannien eine solche Unterscheidung nicht gelten lassen könne, da es Beweise dafür besitze, daß diese Unterscheidung fiktiv sei. Daß Litwinow darauf keine hindende Antwort erteilen konnte, versteht sich von selbst. Er betonte wie man sich in Rußland von England bedroht

fühle, zumal auf Grund der Erfahrungen. Im übrigen versprach er, der Moskauer Regierung genau Bericht über den englischen Standpunkt zu erstatten. Dann wurde das gemeinsame Communiqué aufgelegt, und man trennte sich nach einer knappen Stunde ebenso wie zu Beginn mit einem Händedruck. Litwinow gehört als russischer Beobachter der Sicherheitskommission und dem Abrüstungsausschuß an. Er wird in den ersten Märztagen also abermals Gelegenheit haben, mit Chamberlain um diese Zeit bei der nächsten Ratstagung jedenfalls wieder zu verhandeln. Das Verdienst, diese Unterredung ermöglicht zu haben, gebührt zwei Sozialisten: einmal Paul Boncour, der als erster die Initiative dazu ergriff, Litwinow aufzufordern, zunächst noch über den Sonntag in Genf zu bleiben, um mit Briand sprechen zu können ferner dem ständigen Pariser Vertreter und Genfer Sonderberichterstatter des englischen Arbeiterblattes „Daily Herald“ George Stocombe, der die Vermittlung zwischen Litwinow und Chamberlain besorgte und ihre Zusammenkunft schließlich herbeiführen konnte. Auch die

Unterredung Briand-Litwinow

am Sonntag, scheint vom Standpunkt der europäischen Entspannung sehr nützlich gewesen zu sein. Es scheint, daß die Russen den Gedanken eines Sicherheitspactes mit Frankreich und den Frankreich nahestehenden Randstaaten durchaus nicht ablehnend gegenübersteht. Litwinow hat am späten Nachmittag auch dem polnischen Minister Jaleski einen Besuch abgestattet, der natürlich vor allem dem Wilna-Konflikt galt, bei dem aber auch die Frage dieses von Frankreich stark empfohlenen Richtangriffspactes eine Rolle spielte.

Auch Stresemann besuchte Jaleski. Die Tatsache, daß es diesmal der deutsche Außenminister war, der als erster seinen polnischen Kollegen in dessen Hotel aufsuchte, hat die Polen angenehm überrascht. Hoffentlich werden die Deutschnationalen Herrn Stresemann nicht der „Wurdelosigkeit“ zeihen, weil er so klug war, durch eine solche Geste den Polen zu beweisen, daß die Wilhelmstraße keine unfreundliche Gefühle für den Nachbarn im Osten hegt.

Woldemaras Friedenshindernis.

V. Sch. Genf, 5. Dezember. (Eigenbericht.)

Nach der Unterredung Stresemanns mit Jaleski ist Uebereinstimmung zwischen Deutschland, Frankreich, England und Polen über die Beilegung des polnisch-litauischen Konfliktes erzielt worden.

Ein Ausschuss aus Stresemann, Briand und Chamberlain soll bestimmte Vorschläge ausarbeiten.

Das einzige Hindernis ist Woldemaras, der auf alle, die mit ihm verhandelt haben, einen denkbar ungünstigen Eindruck gemacht hat. Er lehnt es entschieden ab, den Kriegszustand aufzuheben.

Fünf Jugendliche suchen den Tod! Gemeinsamer Selbstmordversuch von zwei Mädchen und drei jungen Männern.

Das Haus Helmholzstraße 35 wäre gestern Abend beinahe der Schauplatz einer furchtbaren Tragödie, die fast an die fälschliche Affäre, die den Tod der beiden jungen Kommunisten zur Folge hatte, erinnert, geworden. In einer Küche des ersten Stockwerkes des Vorderhauses wurden fünf junge Leute, unter ihnen zwei Mädchen im Alter von 18 bis 23 Jahren durch Gas betäubt, bewußlos aufgefunden. Die äherten Umstände ließen sofort auf einen gemeinsamen Selbstmordversuch schließen. Kriminalpolizei, Mordkommission und Feuerwehr eilten auf den Alarm sofort an die Unfallstelle.

Folgende Einzelheiten werden zu der Tragödie bekannt: Einer der jungen Leute hatte im ersten Stockwerk eine Küche abgemietet. In diesem Raum fanden hin und wieder Zusammenkünfte mit Gleichaltrigen, darunter zwei Mädchen, statt. Die jungen Leute waren seit langem erwerbslos. Gestern Abend kamen sie wieder zusammen. Es erfolgte eine längere Aussprache, die schließlich damit endete, daß man beschloß, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Einer der jungen Leute zog eine Pistole hervor, — die aber, wie es sich später herausstellte, nur eine Schein-tpistole war — und legte sie auf den Tisch. Dann löste einer von ihnen den Gasperschluß, so daß große Mengen Gas ausströmen konnten. Nachdem bereits vier der jungen Leute durch die Einwirkung des Gases bewußlos geworden waren, erwachte einer, der 21jährige Herbert K., aus seinem Traumzustand, und eilte auf den Flur hinaus. Er klingelte die Nachbarn heraus und fiel ohn-

mächtig zu Boden. Die Leute, die in das Zimmer eindringen, fanden zu ihrem Entsetzen die übrigen vier bewußlos auf dem Boden liegen. Feuerwehr und Polizei stellten alsbald Rettungsversuche mit Sauerstoff an. Nach längeren Wiederbelebungsversuchen gelang es, die Bewußtlosen ins Leben zurückzurufen. Doch war ihr Befinden so bedenklich, daß sie in das nächste Krankenhaus übergeführt werden mußten. Eines der jungen Mädchen, die weniger mitgenommen war, konnte von der Kriminalpolizei des zuständigen Polizeiviertels vernommen werden. Sie gab an, daß sie alle des Lebens überdrüssig waren und daß ihnen das Dasein nicht mehr lebenswert erschien. Zudem hatte die die achtzehnjährige K. mit einem der jungen Leute ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen geblieben war. Diese Tatsache dürfte zu dem Entschluß, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden, beigetragen haben. Die Ermittlungen der Polizei wurden in der Nacht noch fortgesetzt.

Doppelselbstmord.

In seiner im Hause Schönhauser Allee 50 gelegenen Wohnung wurde gestern in den späten Abendstunden der 22jährige Arbeiter Max Ostreicher und dessen neunzehnjährige Braut, die Arbeiterin Gerda Mensch durch Gas vergiftet bewußlos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr blieben ohne Erfolg. Die Leichen wurden polizeilich beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht. Nach den kriminalpolizeilichen Ermittlungen haben beide in gegenseitigem Einverständnis den Tod gesucht, da einer ehelichen Verbindung Hindernisse im Wege standen.

Deutschnationale „Erfolge“

Die Obstruktion gegen die Landgemeindeordnung im Landtag

Von Carl Severing.

Die deutschnationale Presse hat in den letzten Tagen Jubelhymnen darüber angestimmt, daß es der Opposition im preussischen Landtag gelungen sei, den Initiationsgesetzentwurf der Koalitionsparteien zur Landgemeindeordnung zu Fall zu bringen. In der Tat haben Deutschnationale, Deutsche Volksparteier, Wirtschaftsparteier und Kommunisten im trauten Verein bei der Abstimmung über den grundlegenden Paragraphen des Entwurfs die Beschlußunfähigkeit des Landtags herbeigeführt und damit die gesetzliche Regelung und Neuordnung des Verfassungsrechts in den Landgemeinden einstweilen verhindert. Das aber war kein besonderes Heldentat der Deutschnationalen; denn ohne die tatkräftige Unterstützung durch die Mannen des Herrn Bied, die sich auch in dieser Frage als die getreuen Schildknappen der Reaktionen von rechts zeigten, wäre ihnen die Sabotage der Verfassungsreform nicht gelungen.

Sie müssen sehr bescheiden geworden sein, wenn sie diesen „Erfolg“ obendrein noch als einen Sieg über die Preußenregierung ihren Anhängern anpreisen. Das ist er weder in der Form, noch in der Sache. Wenn auch der Initiationsantrag der Koalitionsparteien im wesentlichen dem Regierungsentwurf der Landgemeindeordnung entsprach, so hat die Regierung Preußens niemals einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie zur Verabschiedung sowohl der kommunalen, als auch der staatlichen Verfassungsreformgesetze eine breitere parlamentarische Basis für erforderlich halte, als die heutige Regierungskoalition sie bietet. Sie hat deswegen gar nicht erst den Versuch gemacht, die Entwurfs in das Plenum des Landtags zu bringen, obgleich die getroffenen Vorbereitungen eine schnelle Vorlage ermöglicht hätten. Das Verhalten der Deutschen Volkspartei zu Beginn dieser Legislaturperiode ließ eine andere Spaltung nicht zu. Das Bestreben der Volkspartei im Winter 1925 war darauf gerichtet, das Steuerräder in Preußen nach rechts herumzuwerfen — keine geringere Aufgabe hatte sich Herr v. Campe gestellt. Die Sozialdemokraten sollten ausgebaut werden, um Platz für Minister der Rechten zu machen. Im Hinblick auf das Stärkeverhältnis der Parteien glaubten sich die Volksparteier diese Rolle der Koalitionserneuerer zuschieben zu können.

Sie hatten sich geirrt. Nicht die Sozialdemokraten verließen das Preuchenschiff, sondern die Minister der Volkspartei, v. Richter und Böllig mußten sich auf Geheiß ihrer Fraktion ausboaten lassen, und der Kurs in Preußen blieb der alte. Nun gingen die Volksparteier in die Opposition, und es ist ungemein reizvoll, die Reden der Herren von damals nachzulesen. Unentwegt schwangen sie ihre Redefleulen in der Schlachtreihe derer von Windler bis Bied. Sie übten sich in der Einbringung von Mißtrauensvoten und in der Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit des Landtags, — parlamentarische Waffen, die selbstverständlich jede Partei in Anwendung bringen kann. Nur nahmen sie sich und nehmen sie sich heute noch im Arsenal der Volkspartei um deswillen so seltsam aus, weil diese Partei mit der Versicherung von „veranimatorgebewußter, positiver Mitarbeit“ den Mund so voll genommen hatte.

Und der Effekt der von der Opposition angeblasenen Schläen? Eine stetige Festigung der preussischen Regierung und der ungestörte Ausbau des republikanischen Verwaltungsapparates.

Eines freilich hat die Obstruktion erreicht: eine weitere Verschleppung der Gemeindeverfassungsreform und der Verwaltungsreform. Man kann diese Verzögerung bedauern, aber sie bedeutet wenig im Vergleich zu dem Gewinn, den die Regierungskoalition durch ihre feste Haltung der Volkspartei gegenüber in der allgemeinen Politik Preußens gewonnen hat. Die nächsten Landtagswahlen werden der Regierungskoalition ohne Zweifel einen beträchtlichen Zuwachs bringen, und wenn nicht schon die bisherigen Erfahrungen die Volksparteier davon überzeugt haben, daß sie bei ihrem Exodus aus der Preußenregierung falsch beraten waren, dann wird ihnen sicher der Wahltag diese Erkenntnis bringen und in der Konsequenz auch wohl den Willen zur Mitarbeit.

Inzwischen habe die Regierungsparteien in der Form eines Urtrags einen neuen Gesetzentwurf eingebracht, der noch in dieser Woche nach der ersten Lesung im Plenum im Ausschuss beraten werden soll. Er enthält in insgesamt 15 Paragraphen Bestimmungen, die das Eingemeindungsverfahren, die Umwandlung der Landbürgermeisteren im Rheinland und die Auflösung der selbständigen Gutsbezirke betreffen. Die Regierungsparteien können in Ruhe abwarten, ob auch bei diesem Antrag, dessen Kernstück die Auflösung der Gutsbezirke ist, die Opposition von Windler über v. Campe zu Bied zusammenbleibt. Ihnen wird es nicht schaden, wenn auch bei der Behandlung dieses Antrag-

die vereinigten Obstruktionsfirma Winkler und Pleck einen neuen „Sieg“ davonträgt.

Der Jubel der deutschnationalen Provinzpresse über den Obstruktions-„Sieg“ der vergangenen Woche steht übrigens in merkwürdigem Gegensatz zu den elegischen Betrachtungen, die die „Kreuzzeitung“ über Preußen anstellt. Das Blatt des Grafen Westarp muß nochedrungen zugeben, daß auch in Preußen die Deutschnationalen in die Verteidigungsstellung gedrückt seien. Darin liegt das Eingeständnis, daß alle die Obstruktionsgefechte nur Demonstrationsmanöver sind, die nicht einmal die Luft erschüttern, geschweige denn zu Erfolgen über die Preußenregierung führen können.

Die „Kreuzzeitung“ rechnet damit, daß die Wahlen im Reich und in Preußen gleichzeitig erfolgen und daß darum der Schwerpunkt des Kampfes in Preußen liegen werde. „Hier müssen die Deutschnationalen alle ihre Kräfte konzentrieren.“ Das ist nun freilich leichter geraten als getan. Wo sind die deutschnationalen Kräfte und wie konzentriert man sie? Mit den Schlagpatronen der deutschnationalen-kommunistischen Obstruktion nimmt man die Preußenfestung nicht ein. Aber wie? „Einen Gedanken bleiben die Deutschnationalen verlassen, es zieht nichts mehr. . .“

Die Verlustlisten des Wahltages werden sie davon überzeugen, daß ihre Pläne von der Eroberung der Festung Preußen für immer fromme Wünsche bleiben werden!

Es lebe der König!

Regierungspartei „Mit Gott für Kaiser und Reich!“

Wer redet noch von den Richtlinien des Zentrums, die die Deutschnationalen auf die Republik verpflichten sollten? Herr von Guérard. Er droht mit „ernsten Worten“, die über die Richtlinien gesprochen werden sollen.

Wer redet nicht mehr davon? Die Deutschnationalen. Sie reden dafür von der Monarchie und vom Kaiser.

Am Sonntag hielt der Kreisverein Charlottenburg der Deutschnationalen Volkspartei sein Stiftungsfest ab. Es wurden Fahnen genagelt. Ein Fahnenvogel stammte vom deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Everling, er trug die Aufschrift: „Es lebe der König.“ Ein anderer, gewidmet von der Bismarck-Jugend Charlottenburgs, zeigte die Widmung: „Mit Gott für Kaiser und Reich.“

Dann sprach der deutschnationalen Landtagsabgeordnete Steinhoff. Es müsse jetzt heißen: „Fort die Nacht aus dem Parlament, hin die Nacht zu Hindenburg!“ Die monarchische Grundeinstellung der Partei bleibe unverändert. Zum Schluß predigte er monarchistischen Aktivismus:

In den vornehmsten Zielen der Deutschnationalen müsse die Jugend zu einem Aktivismus aufgejagt werden, das gelte in erster Linie für die monarchische Staatsform.

Dieselbe Rede hielt Herr Steinhoff bei einem Stiftungsfest der Selben, auf dem neben Stahlhelmvertretern und dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Lejeune-Jung der Prinz Oskar von Preußen den Galben gezeigt wurde.

Herr v. Guérard kam wieder mit einem ernsten Worte drohen, das gesprochen werden mußte. Aber

Seht den Mann, o große Not,
Wie er mit dem Stode droht!
Gestern schon und heute noch —
Aber niemals schlägt er doch!

Am Pranger!

Nur der Vollständigkeit halber sei hier verzeichnet: In der Sucht, immer und überall die Sozialdemokratie zu beschimpfen, bringt das Berliner Kommunistenblatt einen Bericht über den Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags unter folgender Überschrift:

SVD. gegen kommunistischen Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen KPD-Zentrale.

Am 1. Tag des Berichts aber steht wenige Zeilen darunter:

In der dann folgenden Abstimmung wurde der kommunistische Antrag (auf Einstellung des Verfahrens) gegen die Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Dem Kommunistenblatte war also der wirkliche Tatbestand voll im Bewußtsein. Es ist in der Tat der kommunistische Antrag Höllein-Kreuzburg, Drucksache 3710, mit 15 gegen 10 Stimmen abgelehnt worden. Bei den 10 Sozialisten befinden sich auch die unserer Genossen. Trotz dieser besseren Kenntnis bringt das Blatt eine Titelzeile in Fettdruck, die das Gegenteil den Lesern einpauken soll.

Die neueste Leistung wird hierdurch dorthin befördert, wohin sie gehört: an den Pranger der Dessenlichkeit!

Wie verschieden!

Hugenberg im Mittelalter.

Weniger aus wissenschaftlichem Interesse, als vielmehr um ihren Lesern ein angenehmes Gruseln beizubringen, hat sich die Hugenberg-Presse für den Montag eine „Kriminalistische Rundschau“ zugelegt. Da wird an Beispielen früherer Zeiten bewiesen, wie herrlich weit wir es im Strafrecht gebracht haben. So hat der Hugenberg-Kriminalist ein vor dreihundert Jahren erschienenen Brevier des Oberpastors Nikolaus Haas ausgegraben, in dem der würdige Herr seinen Amtsbrütern gute Lehren erteilt, wie der geistliche Zuspruch am hinzurückenden Delinquenten gestaltet werden soll. Den zum Schwerte Verurteilten rät der biedere Seelsorger klarzumachen, daß es keinen schöneren und leichteren Tod gäbe, für die am Galgen aufzuhängenden wird die Galgenleiter mit der Himmelsleiter (!) verglichen, wer zum Rade verurteilt ist, erhält den Trost, daß die Marter und Schmerzen ein Vorgefühl der ewigen Seligkeit (!) für ihn sein würden usw. — Am Volksgelächel seiner eigenen Kulturhöhe fügt der Hugenberg-Kriminalist hinzu:

„Man kann aus diesen Proben ersehen, wie verschieden unsere Empfindungsweise von der keine 300 Jahre älteren Generation war.“

Wie verschieden! Rämlich heute treibt die Hugenberg-Presse unentwegt Propaganda für die Barbarei der Todesstrafe, heute wie damals wird der Delinquent von einem Geistlichen im Ornat zur Richtstätte geführt, heute wie damals schwagt der Mann im Talar die Worte, von denen er selbst so wenig glaubt wie der Hinrichtende, daß sie ein „Trost“ sind, und windet sich wohl oft genug — heute wie damals — in innerer Verlogenheit, wie er den grauenhaften Akt der Hinrichtung mit den christlichen Lehren der Nächsten-

Bürgerblock und Arbeiternot.

Sentimentale Reden im Reichstag, brutale Beschlüsse im Ausschuß.

Montagsführung des Reichstags.

Zentrumsinterpellation über die Notlage des Aachener Industriegebiets. Begründung: Im letzten Jahr mühten im Aachener Gebiet 57 Industrie- und 2 Bergwerke stillgelegt werden, weitere Stilllegungen stehen bevor; nirgends ist das Arbeitslosenelement größer als in diesem Bezirk; mehrere Tausend deutscher Bergarbeiter sind schon heute genötigt in den benachbarten holländischen und belgischen Revieren Arbeit zu suchen. Der Zentrumsredner Abg. Sinn schildert die Not in den dunkelsten Farben und appelliert in bewegten Worten an das gute Herz der Regierung. Die Deutschnationalen schließen sich dem an.

Montagsführung des Wohnungsausschusses des Reichstags.

Antrag auf Streichung des Inflationsparagrafen des Mieterschutzgesetzes, nach dem Arbeitern der Mieterschutz entzogen werden kann, wenn sie ganz oder überwiegend im Auslande beschäftigt sind, ohne zu einem deutschen Unternehmer in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zu stehen. Wütende Gegenattacke des Zentrumsvertreter Abg. Sinn. Begründung: der holländische Kohlenbergbau erstarke und ziehe die deutschen Arbeitskräfte aus den stillgelegten Gruben im Aachener Revier an sich, während ihre Familien in den deutschen Werkwohnungen blieben. Unzulässige Begünstigung des holländischen Kohlenbergbaus! Heraus mit diesen Hollandgängern und ihren Familien aus Deutschland! „Heraus mit ihnen aus Deutschland!“ echot der Vertreter der Deutschnationalen, Bergwerksbesitzer Abg. Leopold. Abstimmung: Zentrum und Deutschnationalen stimmen den Streichungsantrag nieder.

So haben Zentrum und Deutschnationalen am Montag im Wohnungsausschuß gezeigt, wie sie ihre Interpellation über die Notlage des Aachener Industriegebiets aufgefaßt wissen wollen, ehe sie im Plenum die Aktion steigen ließen. Hilfe für die Arbeitslosen im Aachener Revier? Seht sie vor die Türe!

Im Wohnungsausschuß des Reichstags kam es am Sonnabend und Montag zu einer bemerkenswerten politischen Auseinandersetzung. Während der Inflation sind in dem Mieterschutzgesetz die §§ 34 und 35 ausgenommen worden. Nach diesen kann die Landesbehörde insbesondere für Grenzgemeinden anordnen, daß Arbeitern der Mieterschutz entzogen werden kann, wenn sie ganz oder überwiegend im Auslande beschäftigt sind, ohne zu einem deutschen Unternehmer in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zu stehen. Den Mietern, die vor dem 1. Januar 1914 keinen Wohnsitz in Deutschland hatten, sollte die Wohnung entzogen werden können, wenn der Vermieter ein begründetes Interesse an dem Mietraum hat.

Beide Paragrafen waren Gelegenheitsgesetze. Die Landesbehörden waren klüger als die Reichstagsmehrheit und haben niemals davon Gebrauch gemacht. Sie sind überflüssig und deshalb wurde ihre Streichung beantragt.

Hiergegen wandten sich die Abgg. Sinn und Tremmel vom Zentrum mit der Begründung, daß von den Paragrafen doch noch Gebrauch gemacht werden könne. Herr Sinn bemerkte, daß der holländische Kohlenbergbau erstarke und gute deutsche Arbeitskräfte an sich ziehe. So seien 1300 Bergarbeiter einer stillgelegten deutschen Grube nach Holland in Arbeit gegangen, ihre Familien blieben aber in den Werkwohnungen und wenn sie hierblieben, wäre dies eine Begünstigung des holländischen Kohlenbergbaus. Nehmen sie der deutschen Industrie die Kräfte weg, dann sollten ihnen die Holländer auch Wohnung geben. Außerdem könnte es der Befugungsbehörde einfallen, diese Arbeiterwohnungen für die Befugung zu beschlagnehmen.

Nachdem Genosse Nowak die Streichung der Paragrafen begründet hatte, enthielt Genosse Lipinski die politischen Absichten des Bürgerblocks. Sie richten sich gegen die Arbeiter, um zu verhindern, daß sie ihre Arbeitskraft vermerten, wenn sie in Deutschland aufs Pflaster geworfen worden seien. Es sei brutal, daß, nachdem man die Ernährer nach dem Auslande gedrängt habe, man auch die Familien obdachlos machen wolle, um durch diesen Druck die Arbeiter zu zwingen, zu niederen Löhnen in Deutschland zu arbeiten. Das verstoße gegen die Freizügigkeit, gegen die Bestimmungen für die Staatsangehörigkeit und widerspreche der deutschen Absicht, die sozialrechtlichen Ansprüche der ausländischen Arbeiter zu sichern, die in Deutschland Beschäftigung finden. Die Paragrafen könnten angesichts der Drohung der Eisen- und Stahlindustriellen mit Stilllegung der Betriebe und Aussperrung der Arbeiter gegen die Arbeiter als politisches Druckmittel angewandt werden. Das zwinge zur Beseitigung der Paragrafen. Aus moralischen Gründen könnten die Befugungsbehörden nicht riskieren, die Familien obdachlos zu machen.

Der deutschnationalen Abg. Leopold, Bergwerksbesitzer, meinte, es sei eine durchaus volkstümliche Politik, wenn den deutschen Arbeitern, die im Auslande arbeiten, die Wohnungen entzogen und anderen Arbeitern zur Verfügung gestellt würden. Deutsche Arbeiter, die ständig im Auslande arbeiten, hätten auch im Auslande zu bleiben.

Genosse Lipinski wies darauf hin, daß Leopold sich den Standpunkt Clemenceau zu eigen mache, daß wir in Deutschland zu viel Menschen haben und es darum begreife, daß deutsche Arbeiter nach dem Auslande abgedrängt würden.

Abg. Tremmel vermehrte sich zwar dagegen daß das Zentrum mit Beibehaltung der Paragrafen politisch gegen die Arbeiter wirken wolle, dennoch stimmten die Zentrumsabgeordneten mit den Blockparteiern für die Beibehaltung der Paragrafen.

Damit befähigte die Blockmehrheit, daß sie gewillt ist, diese Paragrafen politisch als Pressionsmittel gegen die Arbeiter anzuwenden zu lassen.

Bei dieser Gelegenheit stellte Genosse Lipinski fest, daß die Behauptung des Zentrums, die Hirtfelder-Verordnung über die Freigabe der gewerblichen Räume sei vom preußischen Kabinett, also mit den Stimmen der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder beschlossen worden, falsch ist und daß für diese Verordnung nur der Zentrumsminister Hirtfelder allein die Verantwortung trage.

Der Gegen der Schutzzölle.

Reparationskommissar meldet 292 Millionen Mehreingänge. — Glaubst nicht an Zolleinbußen durch Zollsenkung.

Der letzte Bericht des Reparationskommissars für die verpändeten Einnahmen des Reiches enthält einige recht interessante Feststellungen. Den Großagrariern, die ihre Zölle auch im letzten Jahr wieder erhöht haben, wird nachgewiesen, daß sie das zum Ruhen der Reparationen getan haben. In den letzten fünf Monaten des dritten Reparationsjahres belief sich die Monatseinnahme im Durchschnitt auf 230 gegenüber 219 Millionen in den vorausgegangenen sieben Monaten. Erforderlich waren im Monatsdurchschnitt nur 203 Millionen. Die großagrarischen Schutzzöllner haben damit nicht weniger als rund 292 Millionen Mark dem deutschen Volke mehr an Zöllen auferlegt, als verpändelt waren, so daß die Erbpächter der nationalen Befahrung die Deckung für den Reparationschutz des Reichshaushaltsetats auf dem Rücken des deutschen Volkes erhöhten. Eine zweite Feststellung des Reparationskommissars ist ebenso

interessant. Eines der wichtigsten, von uns aber schon oft widerlegten Argumente der Unternehmer gegen die Senkung der Industriezölle ist die Behauptung, daß die Zolleinnahmen des Reiches durch die Senkung der Zölle erheblich zurückgehen würden. Der Reparationskommissar für die verpändeten Einnahmen kommt bei seinen Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß weniger als 20 Prozent der deutschen Zolleinnahmen aus der Einfuhr von Industriewaren fließen und infolgedessen die Zollsenkungsaktion das Einnahmeergebnis kaum nennenswert beeinflussen werde.

Diese Feststellungen sind richtig. Für unsere nationalen Großagrariere sind sie eine moralische Ohrfeige. Für unsere sozialzollfreudigen Unternehmer und für die Reichsregierung sind sie eine Befahrung, die sich hoffentlich in der Zollsenkungsaktion gründlich auswirken wird.

liebe, der Vergabung und der Milde in Einklang bringen soll. Er würde wohl ganz froh sein, wenn ihm ein feilschender resoluter Oberpastor für solche Gelegenheiten ein Brevier mit Redetexten ausgearbeitet hätte, und sicherlich — wenn ein solches Brevier erschiene —, Hugenberg würde es bereitwillig in seinen Verlag nehmen!

De Monzie spricht in Berlin.

Ein weiterer Schritt zur deutsch-französischen Verständigung

Nach den Romanciers Duhamel und Claude Anet sprach endlich ein französischer Politiker in Berlin. Der ehemalige französische Kultus- und Justizminister De Monzie hielt im Auditorium maximum der Universität am Montagabend einen Vortrag über den „Friedensgedanken in der jüngsten französischen Dichtung“. Wie sehr dieser Vortrag interessierte und wie sehr man in Berlin darauf bedacht ist, Männer aus Frankreich zu hören, beweist die Tatsache, daß das über 1100 Personen fassende Auditorium bis auf den letzten Platz gefüllt war und daß ein noch größerer Raum kaum den Andrang der Interessierten genügt hätte. Kultusminister Dr. Becker und der französische Botschafter De Margerie waren unter den Geladenen.

Einstützend bemerkte De Monzie, daß er der erste französische Minister sei, der nach dem Kriege vor einer größeren Öffentlichkeit spreche und vor allem über das Thema, das heute jedem Verständigen in Deutschland wie in Frankreich am Herzen läge, nämlich über das Thema der Verständigung. Am Grunde ist die Verständigung eine Sache der Vernunft, die schließlich über jede Vorurteile rein gesüßmähigen Charakters triumphieren muß. Dann betonte De Monzie, daß die ganze französische Dichtung niemals militaristisch gewesen ist, jedenfalls nicht in ihren Spitzen-

erscheinungen, sondern stets die pazifistischen Menschheitsideale betont hat. Dieser Weg geht von Voltaire über Zola, Anatole France bis zu Romain Rolland. Humanität ist der Generalnennner auf den das Denken und Fühlen der wirklich großen französischen Schriftsteller aufgeht.

Abschließend gab De Monzie der Hoffnung Ausdruck, daß in kurzer Zeit auch in Paris Vorträge deutscher Staatsmänner veranstaltet würden; den diese Vorträge könnten als Symbol gelten für eine endgültige deutsch-französische Verständigung.

Wahltaktik in Frankreich.

Beratung der Pariser Genossen.

Paris, 5. Dezember. (Eigenbericht.)

Der sozialistische Bezirksverband Groß-Paris beschäftigte sich mit der Taktik bei den nächsten Wahlen. Dabei wurden vier verschiedene Vorschläge vertreten. Einer verlangte gemeinsame Kandidaturen mit den Kommunisten bereits im ersten Wahlgang. Eine Einschließung Thromazy vertritt die Devise: Proletariat gegen Kapital und will im zweiten Wahlgang den kommunistischen Kandidaten den Vorzug geben, sobald die Wahl eines Reaktionärs ausgeschlossen ist. Ein dritter Vorschlag verlangt ein Eintreten im zweiten Wahlgang für die Kandidaten, der sich das Programm des Gewerkschaftsbundes zu eigen macht. Schließlich schlug Leon Blum eine vermittelnde Lösung vor: Im ersten Wahlgang nur für die eigenen Parteikandidaten einzutreten, im zweiten Wahlgang den Kandidaten zu unterstützen, der die meiste Aussicht hat, den Vertreter der Reaktion zu schlagen. Die Entscheidung soll den einzelnen Bezirken überlassen bleiben. Ueber die Anträge wird in 14 Tagen abgestimmt.

Bauerndoktor Eisenbarth.

Hugenberg, der agrarische Sachverständige der Rechten.

In der bekannten Debatte zwischen dem Jungdeutschen Orden und Herrn Hugenberg ist der Gutsherr von Rohbraden (der übrigens diesen Besitz nicht ausschließlich seinen Inflationsgewinnen verdankt) wegen seiner agrarpolitischen Vorschläge als „Bauerndoktor Eisenbarth“ bezeichnet worden. Das geschah, als Herr Hugenberg eines schönen Tages, wahrscheinlich um die Wahlkampagne einzuleiten, selbst die Feder ergriffen und im Handelsblatt seines Lokaltages über das Thema „Bauerndoktor Eisenbarth“ einen Artikel geschrieben hatte. Die Apostrophierung hat „unseren Freund in Rohbraden“, wie Hugenberg im vertrauten Kreise genannt zu werden pflegt, außerordentlich schwer verschmipft. Deshalb hielt er es für notwendig, seine Eignung als agrarischer Sachverständiger vor seinen Wählern in der Provinz Westfalen mit folgenden Worten darzutun:

„Ich habe meine ganzen Jugendjahre, die jüngeren Jahre meines arbeitenden Lebens, der Bauernfrage gewidmet. Ich habe fünf Jahre, nachdem ich über dieses Thema literarisch (?) geschrieben hatte, bei der Anstaltungskommission für Posen und Westpreußen gearbeitet und bin dann von den dortigen Reichsbauern zum Verbandsdirektor der Reichsbauernvereine der Provinz Posen ernannt worden und habe in dieser Stellung weitere dreieinhalb Jahre gearbeitet, habe dann vier Jahre im preussischen Finanzministerium die gleichen Fragen bearbeitet und mich bemüht, in den Lebensfragen der deutschen Landwirtschaft mitzuarbeiten.“

Leider vergeht Herr Hugenberg, der ja auch als ehemaliger Krupp-Direktor bekannter ist als aus seiner agrarpolitischen Befähigung, diesen seinen Befähigungsnachweis durch eine Schilderung der Pleite seiner Landbank zu ergänzen, und er geht auch nicht darauf ein, welche Rolle er bei sonstigen Bank-„Geschäften“ gespielt, die sich auf dem Rücken der Landwirtschaft in der Inflationsperiode und in der Zeit des Kreditmangels nach der Stabilisierung abgepielt haben. Freilich ist, durch alle Weiten hindurch, der Ruf Hugenbergs als Agrarsachverständiger in großagrarischem Kreise, vor allem in dem Berliner Konvent der eigentlichen Drohtzähler leblich intakt geblieben — vielleicht deshalb, weil er der einzig fähige und konstruktive Kopf unter ihnen ist. Deshalb ist es auch kein Wunder, daß jetzt wieder, im Zusammenhang mit den vielbesprochenen und von uns bereits ausführlich gewürdigten Milliardenprojekten für die Sanierung der deutschen Landwirtschaft der Name Hugenberg aufgetaucht ist. So schreibt der Finanzminister des Rapp-Buschs, Oberfinanzrat Bang, in der alldeutsch-deutschen „Deutschen Zeitung“ im Rahmen einer Betrachtung über die Rettung der Landwirtschaft (worin er feststellt, daß heute „das Kind in der Grube liegt“ und daß „die Landwirtschaft nicht mehr ein und aus weiß“) folgendes:

„Es ist... Hugenberg, der in genialer Erfassung des Wesentlichen den einzigen Weg zur Rettung der Landwirtschaft gemahnt hat... warum tritt man nicht entschlossen diesen Weg?... Wir sind durchaus der Überzeugung, daß eine nach Hugenbergs Vorschlägen durchgeführte sachgemäße Vereinfachung der Rentenanstalt und ihr Ausbau als Zentralinstanz landwirtschaftlicher Selbstverwaltung die Lösung der landwirtschaftlichen Frage und nicht nur dieser, bedeutet.“

Wie der „einzige Weg zur Rettung der Landwirtschaft“ nach Hugenbergs Plänen aussieht, ist mittlerweile durch andere Veröffentlichungen bekannt geworden. Hugenberg schlägt vor, die heute schon im wesentlichen großagrarisches beherrschte Rentenanstalt zu „verstaatlichen“, d. h. völlig unter die Herrschaft der Großgrundbesitzer zu bringen, und ihr den gesamten landwirtschaftlichen Grund und Boden zu verpfänden, — bis auf einen „freien“ Besitzt, der beim Großgrundbesitzer sehr groß, beim bäuerlichen Besitz verschwindend klein sein soll. Damit hat also auch der Bauer den Löwenanteil der Zinslasten zu tragen, während die sonst für die Sanierung der Großagrarien noch erforderlichen Kapitalien durch eine Auslandsanleihe zu beschaffen sind, die aus allgemeinen Steuermitteln garantiert und verzinst werden soll. Ein feines Projekt also! Daß außerdem noch die „Uebernahme“ der Preußenkasse auf die Rentenanstalt und die Möglichkeit großzügiger Spekulationsmanöver auf dem Pfandbriefmarkt vorgezogen ist, sei nur nebenbei erwähnt.

Nur Lohn- und Gehaltsempfänger!

Die Reichsregierung bringt keine Vortage zur Senkung der Lohnsteuer.

Am 1. Januar 1928 muß die Lohnsteuer ermäßigt werden. Die Rechtsregierung hat diesen auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Zwang stets anerkannt. Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat sogar wiederholt erklärt, die Regierung werde einen entsprechenden Gesetzentwurf rechtzeitig vorlegen. Bis zur Stunde aber ist das nicht geschehen, und es wird auch in der Folge nicht geschehen. Innerhalb der Regierung und der Regierungsparteien sind starke Kräfte am Werk, die Lohn- und Gehaltsempfänger überhaupt um die ihnen gesetzlich zustehende Senkung der Lohnsteuer zu betrügen. Es ist doch so angenehm, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger mit ihren kargen Bezügen hohe Lohnsteuern zahlen und die Reichskasse füllen, besonders angenehm, wenn man diese Geldfülle zur Ermäßigung der Steuern der Besitzenden verwenden kann. Das ist der entscheidende Grund für die Nichtvorlegung eines Gesetzentwurfes zur Senkung der Lohnsteuer. Ganz deutlich sagt das die „Deutsche Bergwerkszeitung“:

„Man muß sich darüber klar sein, daß eine Milderung der Lohnsteuer die Möglichkeit einer heilsamen Senkung der höheren Einkommensteuern hinauschiebt.“

Ohne die Sozialdemokratie wäre dieser Plan sicherlich auch durchgeführt worden, zumal man annehmen kann, daß Herr Dr. Köhler im Gegensatz zu seinen früheren Absichten kein unbedingter Gegner einer so plautokratischen Steuerpolitik ist. Daß er auf die Einbringung eines eigenen Gesetzentwurfes verzichtet hat, obwohl er ihn mehrfach ankündigt, ist ein Beweis dafür, daß er nicht die Kraft oder sogar nicht einmal den Willen hat, denjenigen entgegenzutreten, die ihn zum offenen Bruch gesetzlicher Verpflichtungen veranlassen wollen. Wenn sich am Dienstag der Steuerauschuß des Reichstages endlich mit der Senkung der Lohnsteuer beschäftigen wird, so ist das auch nur unter dem Druck der Sozialdemokratie erreicht worden, deren Antrag die Grundlage der Diskussion sein wird.

Ueber die Absichten der Reichsregierung aber weiß die Öffentlichkeit überhaupt nichts Genaues. Sie verhandelt zwar seit Tagen hinter verschlossenen Türen mit den Regierungsparteien. Ueber das Ergebnis aber wird nichts mitgeteilt. Man will anscheinend die kritische Mitwirkung

Der Traum des Schwerindustriellen.



„Sehen Sie, das ist unsere bewährte Fügigkeit: Wenn Krieg kommt, stellen wir die Produktion eins-zwei-drei auf Kriegsbedarf um, bricht Frieden aus, — hopp — auf Friedensbedarf. Und wenn der Achtfundentag droht, — dann produzieren wir Arbeitslose en masse!“

der Öffentlichkeit vollkommen ausschalten und selbst die Möglichkeit zur eingehenden Prüfung und kritischen Stellungnahme im Reichstag zeitlich wesentlich einschränken. Noch nie hat eine Regierung die Lohn- und Gehaltsempfänger schmählicher behandelt. Steuererlässe, die für die Kapitalisten von Bedeutung sind, werden schon in den ersten Entwürfen viele Monate mit allen Unternehmerorganisationen besprochen. Diese haben also schon im Vorstadium dauernd Gelegenheit, ihre Wünsche geltend zu machen. Wegen der Senkung der Lohnsteuer aber ist mit keiner einzigen Organisation von Arbeitern, Angestellten oder Beamten verhandelt worden. Ueber ihre Wünsche geht man rücksichtslos hinweg, sie werden nicht einmal unterrichtet, geschweige denn angehört, sondern einfach vor vollendete Tatsachen gestellt.

Kann man sich darüber bei einer Regierung wundern, deren einziger Zweck der Schutz der Interessen des Besitzes ist? Aber die Reichsregierung kann sicher sein: die Antwort auf dieses Verhalten wird ihr im Reichstage nicht erspart bleiben. Was aber tun die Arbeitervertreter des Zentrums, mit deren Hilfe im Jahre 1925 die in der Weg Brünning enthaltene Sicherung für die Lohn- und Gehaltsempfänger geschaffen worden ist?

Ein Juli-Freispruch.

Zusammenbruch einer Anklage gegen Juli-Demonstranten.

Wien, 5. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Wiener Geschworenen haben am Montag ein Urteil gefällt, das einen offenkundigen Prozeß gegen die Verfolgung der Juli-Demonstranten darstellt. Ein Arbeiter war wegen Aufstands, Hausfriedensbruchs, schwerer Körperverletzung und Diebstahls angeklagt. Er soll sich an dem Angriff auf eine Polizeiwachtstube, die damals in Brand gesteckt wurde, beteiligt und einen Wachmann mißhandelt haben. Der Angeklagte erklärte, rein zufällig von einem Demonstrationszug mitgezogen worden und erst zur Wachtstube gekommen zu sein, als der Brand bereits gelöscht war. Aus Entrüstung darüber, daß die Wachtleute in die Menge schossen, wobei ein Mann vor ihm von einem Kopfschuß getroffen zusammenstürzte, hat er, wie er zugab, auf die Wachtleute eingeschlagen. Der Verteidiger hob hervor, daß das ganze In- und Ausland einig darüber sei, daß für die Vorgänge am 15. Juli nicht die Demonstranten, sondern die Polizei die Schuld treffe. Er forderte deshalb Freisprechung. Tatsächlich sprachen die Geschworenen den Angeklagten von den Verbrechen des Aufstandes einstimmig, von den übrigen Anklagepunkten mit großer Mehrheit frei.

Die Entspannung im Osten.

Lettland will Dienstzeit herabsetzen.

Riga, 5. Dezember. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Partei Lettlands hatte bereits in der Opposition aus wirtschaftlichen Gründen die Verkürzung der Militärdienstzeit beantragt. Die lettische Staatsregierung hat nunmehr ein Gesetz in Angriff genommen, das eine bedeutende Herabsetzung der Dienstzeit vorsieht. Die Infanterie soll in Zukunft statt achtzehn Monate nur zwölf Monate dienen. Die Dienstzeit für die anderen Truppenteile soll auf fünfzehn Monate herabgesetzt werden. Das Enderesetz tritt am 20. auf 21. Jahre heraufgesetzt. Dieses Gesetz soll im Jahre 1931 in Kraft treten.

Sozialisten und Minderheitenblock.

Warschau, 5. Dezember.

Gestern beriet in Lodz der Parteirat der deutschen Sozialisten über die Frage des Beitritts zum allgemeinen Minderheitenblock. Die Angelegenheit wurde dem vereinigten Exekutivkomitee der Deutsch-Sozialistischen Partei in Kongresspolen und Oberschlesien zur Begutachtung überwiesen, doch zeigte der Verlauf der Aussprache, daß der Beitritt beschlossene Sache ist.

Spionageprozeß in Sowjetrußland.

Soeben ist in Charkow vor der außerordentlichen Session des Bezirksgerichts nach dreitägiger Verhandlung der Prozeß einer Spionage- und Schmugglerorganisation zu Ende gegangen, die an der russisch-rumänischen Grenze operiert haben soll. Den Angeklagten

wurde zur Last gelegt, daß sie von der rumänischen Spionageagentur die Erlaubnis erhalten haben, Warenschmuggel zu treiben, dafür aber verpflichtet gewesen seien, ihr Mitteilungen über die Rote Armee zugehen zu lassen.

Neun von den Angeklagten sind zum Tode verurteilt worden, die übrigen zu Gefängnisstrafen. In Anbetracht der Oktoberamnestie ist die Todesstrafe in eine zehn-jährige Gefängnisstrafe umgewandelt worden.

Die argentinische Sozialdemokratie.

Vertauf und Beschlüsse ihres Parteitag.

Vom 9. bis 12. Oktober tagte in Buenos Aires der 14. ordentliche Parteitag der Sozialistischen Partei Argentinens unter dem Vorsitz von Dr. Justo in der Casa del Pueblo (Volkshaus). Die Eröffnungsansprache beschäftigte sich eingehend mit den Ursachen der kürzlich erfolgten Spaltung und dem Austritt einer Minderheit aus der Partei. Unter den gefassten Resolutionen begrüßt eine die Ablehnung der spanischen Arbeiterkraft, das „Parlament“ zu beschiden. Eine andere spricht der Regierung Regillos Anerkennung aus. Eine weitere Resolution mißbilligt die Entsendung eines Gesandten zum Vatikan. Der Parlamentesaktion wird empfohlen, auf Verbesserung der Arbeitsgesetzgebung zu dringen. Einstimmig erklärte der Kongreß, daß kein Parteimitglied beruflich mit Glücksspielen zu tun haben oder an solchen teilnehmen dürfe.

Das Parteiorgan „La Vanguardia“ (der Vortrupp) erfuhr einige freundschaftliche Kritik. Chefredakteur Benafie Ghialdi antwortete ausführlich und schloß mit der Feststellung, daß das Blatt im letzten Jahre einen Reinertrag von 16 000 Dollar hatte.

Dann beschloß man das Wahlprogramm der Partei für die nächstjährigen Wahlen; seine Forderungen zeigen uns, wie rückständig vielfach die Gesetzgebung dieser südamerikanischen Republik noch ist. Wir verzeichnen die dafür bezeichnendsten Programmpunkte:

Einführung einer ansteigenden sozialen Grundsteuer; erhöhte Abgaben der Grundbesitzer, die im Ausland wohnen; direkte, progressive Steuern auf das Renteneinkommen; Wertzuwachssteuer für den Boden.

Staatliche Kontrolle über die Einhaltung der Arbeiter-schutzgesetze; Achtfundentag.

Staatliche Lebens-, Unfall-, Krankheits-, Invaliditäts- und Altersversicherung.

Parlamentarische Vertretung der einzelnen Länder.

Wahl des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt durch den Gemeinderat.

Die Wahl des Parteivorstandes geschieht satzungsgemäß vierzehn Tage nach dem Kongreß durch Abstimmung der Parteimitgliedschaft. Dem Vorstandsbericht ist zu entnehmen. Einen kommunistischen Vorschlag zur gemeinsamen Aufstellung eines Arbeiter- und Bauernvertreter der Präsidentschaftskandidaten hat der Parteivorstand als bloßes Manöver zurückgewiesen. Die Partei gehört unserer Internationale an, sie hatte eine Einladung zum panamerikanischen Arbeiterkongreß im Juli 1927 in Washington angenommen. Doch wurde nach Einziehung näherer Erkundigungen der Beschluß aufgehoben.

Kein Kampf im Süden.

Tschiangkai-schek will nicht marschieren.

Marschall Tschiangkai-schek erklärte, daß er gegen die militärische Austragung des Konfliktes zwischen Kanton und Kanton sei. Ueber die chinesische Nationalbewegung äußerte sich Tschiangkai-schek, solange China nicht vom Bolschewismus befreit ist, kann die nationale Bewegung sich nicht frei entwickeln. Die Unterdrückung der kommunistischen Bewegung in China ist jedoch eine Sache Chinas, auf keinen Fall eine englische Angelegenheit.

Gespräch im Landtag.

„Was ist eigentlich mit dem Kommunisten Kilian-Hall? Gestern ließ er er mit den Ruthenen, heute diener er wieder vor Pled.“

„Man munkelt, daß er ein neues Blatt herausgeben will, als Konkurrenz gegen Ruth Fischer-Schotem: Die Wetterfahne des Kommunismus!“

Der Kleintiermarkt auf der Straße.



Dort, wo der wuschlige Block des Volksbühnengebäudes wie eine Festung des neuen Geistes inmitten der Schuttberge des alten Scheunenviertels, steht, ist einer der sonderbarsten Märkte Berlins: Der Berliner Geflügel- und Kleintiermarkt. Der Bauplatz an der Ecke der Hirtenstraße wird von einer Reihe hübscher Holzparaden eingefäumt, den Verkaufsständen der Geflügelhändler; aber nur an den sehr regnerischen Wintertagen ist die gackernde und trübende Ware in den Verkaufsbuden untergebracht. Sobald es das Wetter irgendwie gestattet, ist die ganze Straße mit den Käfigen des Geflügels besetzt. Da sieht man Tauben und Hühner aller Rassen, Kaninchen und Meerschweinchen, Gänse und „Gans was Exotisches“, wie der Verkäufer meint, der hier freilich schon unseren guten Freund, den Igel, und Hamster und Fische zu den Exoten rechnet. Wirklich „exotisch“ sind nur die Affen, die eine seltene und darum sehr bemerkte Ware auf dem Kleintiermarkt sind.

Der Kleintiermarkt besteht seit 1921 in dieser Form. Damals kamen einige Kriegsinvaliden auf die Idee, den Handel mit Tauben, der in den sogenannten „Laubenbörsen“, einfachen Kneipen, nun echtem Berliner Lokalcolorit, getrieben wurde, hier zu zentralisieren und ihn gleichzeitig auf alles andere Geflügel und allerlei Kleintierzeug auszudehnen. Sie mieteten sich auf der leeren Baustelle an der Ecke der Hirtenstraße Standplätze und führten darauf, als die schlechte Witterung einen Verkauf im Freien unmöglich machte, die primitiven Holzbuden auf, in denen sie heute noch haufen. Für die Generalpächter der ungebauten Grundstücke wurde der Geflügelmarkt zu einem recht einträglichen Geschäft; durchschnittlich sind die Plätze, auf denen sich die Unterpächter die Buden selbst errichten mußten, 9 Quadratmeter groß und kosten 30 Mark Monatsmiete. Freilich brachte eine der Firmen, die dort

Garagen errichtete, es fertig, bis vor einem Monat von den Unterpächtern für den gleichen leeren Platz 50 Mark Monatsmiete einzuziehen. Aber die Tage dieses guten Geschäftes gehen zu Ende. Die Händler rechnen selbst damit, daß sie bei Bebauung des Scheunenviertels, die im Frühjahr einzieht, im Januar oder Februar ihre Plätze werden räumen müssen. Das wird vielleicht für manche der kleinen Händler den wirtschaftlichen Ruin bedeuten, wenn es ihnen nicht gelingt, in einer anderen Stadtgegend den Kleintiermarkt in ähnlicher Weise zu zentralisieren. Die Stadt könnte hier durch Ueberweisung eines geeigneten Platzes zu billigen Mietszinsen, bei dem wucherischer Zwischengewinn ausgeschaltet ist, manche der Existenzen retten, die mühsam in der Nachkriegszeit und den Inflationsjahren aufgebaut sind.

Wer sind nun die Kunden des Berliner Kleintiermarktes? Für Kaninchen und Hühnergeflügel, Puten und Gänse in erster Linie die Laubenkolonisten und die Kleintierliebhaber, die sich sogar die Weihnachtsgegnen selbst fettmadeln, trotzdem so ein Gänsefleisch schon ungemästet etwa 14 Mark kostet, und also das selbstgemästete Gänsefleisch kaum einige Pfennige billiger ist als die schönste Oberbrüder Stoppelgans aus der Gänseauschlachtere! Auch Igel werden von den Laubenkolonisten gern gekauft, weil sie als Käufelänger einen hervorragenden Ruf besitzen. Neben den Laubenbüchtern sind es dann noch die Kliniken, die hier Meerschweinchen als Versuchstiere kaufen, ein Geschäftszweig, der freilich nachgelassen hat, denn schon lange machen den Meerschweinchen die billigeren Ratten und Mäuse „Konkurrenz“, eine Konkurrenz freilich, an der sie selbst unschuldig sind.

Wenige Monate noch, dann wird das Idyll des Kleintiermarktes der Spinnhaus weichen müssen, die gackernde und gurrende Ware wird nicht mehr die schmale, alte Straße säumen, und Berlin wird wieder einmal um ein pittoreskes Straßenbild ärmer sein.

Milchwasser und Pflaster.

Dem Arzt glaubte die Betrogene nicht, aber der Frau Meier

Das gewissenlose und gemeingefährliche Treiben einer Betrügerin fand vor der Potsdamer Strafkammer seine Sühne. Angeklagt war die 33jährige Klara Meier aus Potsdam, die sich wegen Betruges verantworten mußte. Das Amtsgericht hatte sie in dieser Sache zu 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Gegen das Urteil hatte die Angeklagte Berufung eingelegt.

Die 33jährige Stütze, eine geschiedene Frau K. aus der Königsallee in Grünwald, lernte bei einem Ausflug nach Potsdam die Angeklagte kennen. Die Stütze bildete sich ein, an einer Infektionskrankheit zu leiden und erzählte das auch der Meier. „Aber Liebste, da lassen Sie den Kopf hängen? Ich habe auch schon so etwas gehabt. Ich weiß eine alte Frau in Reutalbin, die braut Medizin bei jedem und bespricht diese Medizin“, meinte tröstend die Frau Meier. Schon am nächsten Tage erkrankte die Angeklagte in der Grünwaldvilla und begann ihre Kuren mit „weißer Medizin“ und Pflaster. Bro Krankenbesuch 10 M., 15 M. und 20 M. Schließlich mußte die Patientin auf Wunsch der Potsdamer Heilkundigen ihre gute Stellung aufgeben und zu ihr nach Potsdam in die Wohnung übersiedeln. Dreizehn Wochen dauerte dort der Hofopokus. Um die Patientin bis aufs letzte auszunutzen zu können und an sich zu fesseln, verschrieb ihr die Angeklagte auf Grund ihrer Heilkraft einen Kräutertag, und zwar einen Unteroffizier vom Reiterregiment 4 in Potsdam. Die Heilkundige machte den Postillon d'amour und schrieb die Antworten des Unteroffiziers selbst, der niemals erkrankte. Inzwischen fuhr die Angeklagte im Sonntagssitz ihrer Patientin zum Vergnügen nach Berlin, während die Patientin Kindernädchen spielen mußte. Sie war in den dreizehn Wochen hilflos und verlor sich in der Zeit so sehr auf der Straße, Granatschmuck, Ringe, Armbänder, mehrere hundert Mark erspartes Geld und die Kleider vom Leibe — alles hatte die Potsdamer Hyäne an sich gebracht und verlegt. Auf eine Anzeige griff die Kriminalpolizei ein, die dann die Stütze aus den Klauen der Betrügerin erlöste. Zu einem Arzt gebracht, fand dieser keinerlei Spuren der vermeintlichen Krankheit vor, wohl aber einen vollständigen Nerven- und Zusammenbruch. Die Medizin bestand aus Milchwasser, das Pflaster war Nüchternungsmittel. Staatsanwaltschaftsrat Stargardt zur Zeugnis: „Bevor Sie die Angeklagte kennen lernten, waren Sie doch in Behandlung eines Arztes, und der konnte keine Krankheit feststellen, das mußte Ihnen doch genügen?“ Zeugnis: „Dem Arzt glaubte ich nicht, aber der Frau Meier aus Potsdam. Der mußte ich gehorchen, ich war ja schon halb wahnsinnig bei ihr geworden.“

Mit Rücksicht auf die schwere Erkrankung der Angeklagten, die an Lungentuberkulose leidet, und mit Rücksicht darauf, daß ihr die Betrügereien durch die bodenlose Dummheit der Zeugin sehr leicht gemacht worden sind, wurde die Strafe auf 6 Monate herabgesetzt. Auf Ehrverlust wurde nicht erkannt.

Der Streit um den Kraftdroshentarif.

Differenzen innerhalb der Interessenten.

Im Anschluß an den Schritt der Kraftdroshentbesitzer beim Polizeipräsidenten bezüglich einer Abänderung des bisherigen Tarifs, die bekanntlich vom Polizeipräsidenten abgelehnt worden ist, ist es in den Kreisen der Innung Vereinigter Kraftdroshentbesitzer zu erheblichen Differenzen gekommen. Ein Teil der Innung sieht nämlich auf dem Standpunkt, daß derartige übertriebene Aktionen dem Gewerbe und dem Ansehen der Beteiligten nur schaden könnten, aber zu keinem Erfolge führen. Sowohl der Syndikus der Innung, Dr. Kopsch, wie der Obermeister Beyer hätten immer und immer wieder vor übereilten Schritten gewarnt, sie seien aber leider mit ihrem Einfluß gegen eine Mehrheit von Vorstandsmitgliedern nicht durchgedrungen. Syndikus Dr. Kopsch hat jetzt, da er die Verantwortung für den jüngsten Schritt nicht mehr tragen konnte, sein Amt als Syndikus der Innung niedergelegt. Mit dieser Entscheidung wird sich die kommende Innungsversammlung beschäftigen.

Zement.

Roman von Fiodor Gladkow.

Sie wollte wie eine Henne von der Treppe hinunterfliegen, der Soldat drehte sich wieder um, die Füßen von Berg fielen auf seine Augen. Sie verstand — sie mußte warten, bis er mit seinen breiten Schritten hinter dem Berge verschwinden wird. Und mit einem Herzen, das vor Blut heulte, mit Augen, in denen der Tag in rottem Wirbel kreiste, mit den letzten Kräften ihres Willens rief sie Njurtka freundlich zu sich: „Komm her, zur Mutter, Njussenka... schnell, schnell... heb diesen Papierzettel dort auf, bring ihn der Mutter... So... Komm mit dem Zettel zur Mutter... schnell... schneller!“

Und Njurtka pickte wie ein Küchlein den Papierzettel auf und machte wie ein Küchlein zu Dasha hin: „Hier Mutter!... Hier Mutter!“

Sie legte sich auf die Knie der Mutter und baumelte mit den Füßen.

Und ein roter Wirbel kreiste in Dashas Augen, und das Herz war nahe daran, zu zerspringen.

Und diese Worte las sie auf dem Zettel, und diese Worte waren von Glib gezeichnet (kann denn ein anderer so schreiben, außer Glib?): „Dasha, ich lebe und bin gesund. Gib acht auf dich und Njurotschka. Verbranne das sofort, der schnurrbärtige Jesim wird dir sagen, wie und was.“

Glib, lieber, einziger, wenn du lebst und gesund bist und Mut zum Leben hast — dann ist sie, Dasha, auch voller Kraft und voller Mut zum Leben...“

Und in der Nacht kam der schnurrbärtige Jesim, er roch nach Wald und Berg, und Dasha schien es, daß er nicht nach Wald, sondern nach Glib rieche. In der Dunkelheit des Zimmers, beim Fenster (nur Sterne tropften vom Himmel) sah Dasha neben dem schnurrbärtigen Jesim und zitterte vor Freude und vor Liebe zu Glib. Und der Schnurrbärtige sagte mit heiserem Tabakflüstern, den Revolver in der Hand, folgende Worte, die Dasha nicht begreifen konnte.

„Du mußt mit anpacken, Dasha — als erstes. Der erste Schlag: Glib schleppt sich durch die Weichen hindurch zur Roten Armee. Hat er Glück, dann kommt er durch. Wenn er sich fangen läßt — dann ist er kaputt. Doch nicht um ihn geht es...“

Dasha zitterte und flüsterte abgerissene Worte: „Bist leicht, vielleicht... sag mir, Genosse Jesim... Er wird doch

zugrunde gehen in so einem Leben? Er ist doch allein... er ist doch allein zwischen den wilden Tieren...“

„Nicht um ihn geht es für den zweiten Schlag. Der zweite Schlag ist ein Wort für dich — Glib's Wort: halte dich und sei stark. Es ist eine so unstete Zeit... ich werde immer in deiner Nähe sein. Du wirst unser grünes Weib sein: das sage ich dir von Glib und von mir — wir sprechen aus einer Seele. Versteh. Tu das nicht für Glib — sondern für alle grünen Brüder. Unsere Grünen sollen dir für diese Zeit — dein Mann sein. Denk daran. Ich werde überall für dich bereit sein — überall. Und du organisierere alle grünen Witwen in einem Hausen. Geh selber in die Verpflegungsabteilung des Werklokums. Wir werden die Sache schon zurechtthammern. Na und sonst — Amen. Geh nicht vor die Tür, sondern huch nur am Pfosten vorbei.“

„Und wie... und mein Töchterchen? Njurotschka...“

„Gib sie zu einer guten Frau hin. Njurtka wird dir nicht wie ein Spähen davonstegen. Sag nur, sag, was du noch sagen willst...“

Dasha zitterte und konnte noch immer nicht fest und laut, aus ganzer Brust ein Wort hervorbringen. Sie sagte nur: „Genosse Jesim, vielleicht geht Glib jetzt allein durch die Nacht... und der Tod ist ihm auf den Ferren... Wenn's um Glib so steht — so will ich auch nichts anderes... Denselben Weg, den Glib gegangen ist, denselben will auch ich gehen...“

Jesim gluckte im Dunkeln, und seine Hand tappte sanft auf ihre Knie.

Und ging ebenso unhörbar weg, als ob er nie dagewesen, als ob er wie ein dunkler, nächtlicher Schatten durch ihre Traumgedanken gegangen wäre.

Und noch einmal erzitterte Dasha. Aber das war später, im Laufe ihrer langen, trostigen Tage.

Das Töchterchen Njurtka übergab sie Motja, gab ihr dafür eine Kartonskarte. Motja war eine gute Frau, eine gute Freundin, und sie war lieb und zärtlich zu Njurtka.

Sie begann im Konjum bei der Aufstellung von Brot in der Bäckerei zu arbeiten. An machen Tagen kamen unbekannte Menschen (diese Tage und diese Menschen verbrannten ihr Herz mit heißem Blut) und nahmen gegen Zettel Säcke mit Brodstreben für die „Arbeiter der Bergbauten“.

Und Weiber, „arime Witwen“, gab es belnahe ein halbes Duzend. Die Hälfte von ihnen hamsterte, betrog ihre Männer, kam mit anderen zusammen und verach sehr bald ihre früheren Männer. Die anderen drei waren arbeitslos, ernährten sich durch Wäschewaschen für die Offiziere und empfangen in der Nacht Engländer und Soldaten gegen Naturalien. Dasha sammelte sie um sich und gab ihnen Arbeit:

in die Berge gehen, in die Stadt, um den Grünen Kleidung und Beschuhung zu bringen, und Papiere und Berichte von allen möglichen wichtigen Beuten.

Das waren: Jimka (ein Mädel — eine Braut, ihr Bruder Petro war bei den Grünen). Sie sah so zart aus wie ein feines Fräulein; Domacha — breitknöchig und rot-häutig, mit drei abwechselnd heulenden kleinen Fröschchen, und Lisaweta, eine kinderlose junge Frau, mit voller Brust und heißer Rote im Gesicht (trotz der hungrigen Zeit). Jimka ist weich und ergeben, niemals versagte sie sich einem Manne als Frau — niemals ging eine Frau leer von ihr weg, die um Lebensmittel hat.

Domacha ist ganz Mut, und ist bereit, sich zu rächen — an jedem und aus jedem Anlaß, für ihr Unglück. Und Lisaweta ist verschlossen, und am Tage, vor Menschen, unnahbar. Und eben diese hatte Dasha unter ihre Führung genommen: nur mit ihnen verbrachte sie ihre freien Stunden.

In düsteren Nächten kam der schnurrbärtige Jesim, schlug mit dem Revolver auf seine Knie.

„Ihr sollt's wissen: Weibergenossinnen, es gibt nur einen richtigen Schlag: schweig — sonst gebt du kaputt. Behalt deine Zunge mit den Zähnen ab... Die Zunge beiß ab und spuck sie aus und schnapp mit deinen Augen nicht nach einem anderen, sondern versteck sie in deinem Bauch... Denk nur nach...“

Das war ihr erster und treuer Lehrer.

So verging die Zeit — ein ganzes Jahr. Und dieses Jahr schloß Dasha mit Erfahrungen, Schlaucht und Kraft. Woher das nur kam... Und die Weiber wuchsen in ihre Kraft hinein, und sie, Dasha, wurde ihre Führerin.

Und als dieses erste Jahr zu Ende ging, erzitterte Dasha noch einmal. Von dieser Zeit an verbanden sich ihre Augenbrauen über der Nase, und die Augen wurden hart wie Kristall.

Eines Morgens, als Dasha vor dem Verkaufstisch, neben dem Brot stand, vor der Menschenmasse, die in langer Reihe angestellt war — und der Morgen war frisch, blau durch das Licht und den Duft, es war Herbst — stießen Offiziere die Menschen mit Gewehren auseinander und schleppten sie aus der Bäckerei. Die Menschen stoben wie Tropfen auseinander und liefen voller Schreden nach Hause. Sie aber setzte man auf ein Lastautomobil, zwischen einen ganzen Hausen von Offizieren, und fuhr sie in eine Villa — dorthin, wo sie damals mit Njurtka gewesen war — und warf sie in denselben Keller. Und wieder lagen und sahen dort Hausen von Menschen und wieder waren ihr alle fremd, alle in ihrem eigenen Unglück verfunken.

(Fortsetzung folgt.)

Amnestiepraxis in Preußen und in Rußland

Antwort auf eine kommunistische Landtagsinterpellation.

Auf der Tagesordnung der Montag-Sitzung des Landtags stand zunächst ein Antrag des Zentrums, den Wohlfahrtsminister aufzufordern, die soziale Ausbildung der Berufsfürsorge im Anschluß an die allgemeine soziale Ausbildung zu fördern. Der Hauptausschuß empfiehlt Annahme des Antrages.

Hg. Bräuder (Soz.):

Die Ausbildung der Berufsfürsorge und Arbeitsvermittler ist seit dem 1. Oktober gar nicht mehr Aufgabe Preußens, sondern der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung. Im übrigen wünschen wir die Ausbildung der Arbeitsnachweisbeamten und Berufsbearbeiter spezialisiert und von der Ausbildung der Wohlfahrtsfleger getrennt. Wohlfahrtspflege und Berufsberatung haben miteinander wenig zu tun. Arbeitsnachweis und Berufsberatung sind wichtige Teile der Wirtschaftspolitik, nicht der Wohlfahrtspflege. Für den Arbeitsnachweisbeamten und Berufsberater ist das Wichtigste die Kenntnis der Arbeitsmarktlage, die Kenntnis des praktischen Berufslebens und das Verständnis für das Organisationswesen.

Der Zentrumsantrag wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten gegen Zentrum und die gesamte Rechte abgelehnt. (Bravo! links.)

„Niedersachsenprogramm“ — eine deutschnationale Blamage.

Es folgt das deutschnationale sogenannte Niedersachsenprogramm. Der Hauptausschuß hat statt des umfangreichen Programms eine Resolution angenommen, die die Regierung auffordert, zu prüfen, ob und inwiefern eine besondere Rollage der Provinz Hannover besteht und bejahendenfalls, welche Einwirkungen dieses Niedersachsenprogramms zur Behebung der Rollage brauchbar wären.

Hg. Feinert (Soz.):

Nachdem das Zentrum hier ein Westprogramm eingereicht hatte, hatte die deutschnationale Konkurrenz keine Ruhe mehr, bis sie ein Niedersachsenprogramm dem Hause vorgelegt hatte. (Heiterkeit.) Aber es wurde nur ein Stück verflüchtigt und verunglückter Wahnpolitik. Das Niedersachsenprogramm kann nicht gut leugnen, daß die Klagen der Provinz Hannover auf Verschmämmung der alten königlichen Zeit zurückzuführen, in der landstremde, ostelbische, konservative Beamte Hannover regiert haben. Da die Deutschnationalen nur die Fortsetzung der Konservativen sind und noch jetzt vertragsmäßig einer konservativen Vormundschaft unterworfen sind, schwant ihr Niedersachsenprogramm und seine Begründung zwischen Beurteilung und Entschuldigend der früheren königlich-preussischen Politik gegen Hannover hin und her. Dabei hat man sich nicht einmal die Mühe gegeben, das Niedersachsenprogramm und seine Begründung ernsthaft auszuarbeiten. Die Rede des deutschnationalen Berichterstatters, die der Landtag zu seinen Akten genommen hat, besteht aus lauter zusammengeliebten Berichten aller möglichen Zeitungen. (Große Heiterkeit.) Infolgedessen enthält das Niedersachsenprogramm, das 62 Gegenstände behandelt, eine Unmenge Dinge, die längst im Landtag erledigt und von der Regierung durchgeführt sind und andererseits etwa zur Hälfte Fragen, die lediglich die deutschnationalen Reichsminister angehen. (Erneute Heiterkeit.) Infolgedessen kamen im Hauptausschuß die Deutschnationalen mit ihrem

Niedersachsenprogramm in gräßliche Verlegenheit, und sie waren sehr froh, als sie mit Hilfe des Zentrums, das christliches Erbarmen mit ihnen hatte, gegen Sozialdemokraten und Demokraten beschließen konnten, das ganze Programm unangelehrt der Regierung zu überweisen, damit die Regierung prüfen könne, was daraus zu machen ist. Was aber soll die Regierung damit machen, wenn sie gar nicht weiß, wie der Landtag zu den einzelnen Fragen steht?

Was soll die Regierung mit den vielen Punkten des Niedersachsenprogramms machen, wo die Aufzählung der einzelnen Maßnahmen mit den Worten „und dergleichen“ schließt. (Heiterkeit.)

Darum beantragen wir jetzt Rückverweisung an den Hauptausschuß, damit er die versäumte, solche Arbeit nachholt. (Bravo! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Freiherr v. Wangenheim (Wesse): Der Hahn hat unter lautem Gekräch ein Bündel gelegt. (Große Heiterkeit. Zurufe!) Ich kann doch beim besten Willen den Vater des Niedersachsenprogramms, den deutschnationalen Abgeordneten Jäger, nicht als Henne bezeichnen, die ein Bündel gelegt hat. (Erneute Heiterkeit!)

Hg. Grebe (Z.): Man sollte sich doch freuen, wenn die Deutschnationalen wieder gutmachen wollen, was die früheren Konservativen an Hannover gesündigt haben. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sie das parteigattlerisch gemeint haben. (Allgemeine Heiterkeit.)

Hg. Jäger (Dnat.): Wir verwahren uns feierlich dagegen, daß man unsere ernste Sorge um die Not in Hannover hier allgemein lächerlich macht. Uns kommt es stets nur auf die sachliche Arbeit an. (Große Heiterkeit.)

Hg. Barteld-Hannover (Dem.): Das Niedersachsenprogramm ist ein Teil der hundstutzigen Versprechungen der Deutschnationalen, wie die Aufwertung und die Rentenfürsorge. (Sehr gut! links.)

Es entwickelt sich dann eine lange Auseinandersetzung zwischen Wesse und Deutschnationalen, die sich gegenseitig Demagogie und Dolchstoßpolitik vorwerfen.

Schließlich wird der sozialdemokratische Antrag auf Rückverweisung an den Hauptausschuß angenommen.

Eine Amnestiedebatte.

Es folgt der kommunistische Amnestieantrag. Der Rechtsausschuß empfiehlt Ablehnung.

Hg. Ruffner (Soz.):

Wir haben im Rechtsausschuß erklärt und wiederholen es: wir sind durchaus bereit, unter die politischen Vergehen und Verbrechen aus der Inflationszeit einen Strich zu ziehen. Leider ist Preußen für die Hochverratsfälle, um die es sich meist handelt, nicht zuständig. Richtig zuständig auch für die Begnadigung von Max Hötz. Diese Begnadigung wäre längst vollzogen, wenn nicht die reaktionäre Presse aus Max Hötz einen Bürgerkrieg gemacht hätte. Aber was man ihm und seiner Bande vorwirft, Bankraub, Geißelschleppung und Brandstiftung, haben Adolf Hitler und seine Bande in München am 3. November 1923 auch verübt. Diese Leute hat man wegen Hochverrats zu ganz kurzen Festungstrafen verurteilt und wir wünschen nicht, daß Max Hötz mit anderem Maße gemessen wird als die Verbrecher von rechts. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Forderung nach Amnestie — das Wort Amnestie bedeutet auf deutsch vergessen — würde sehr unterschätzt werden, wenn auch die Kommunisten ihre Vergangenheit vergessen wollten.

Sie sollten den Mut finden, das auszusprechen, was sich offenbar angetragen hat, daß auch für sie die Periode Ruth Fischer, Urbahns und Schölem abgeschlossen ist. Sie brauchen nur ihren tatsächlichen Standpunkt von heute offen in Worte zu kleiden. (Unruhe bei den Kommunisten.) Für die Zeit nach 1924 können wir ein allgemeines Amnestiegesetz nicht befürworten; denn seitdem hat das politische Verbrechen aufgehört, Massenerschöpfung zu sein. Dieser neuen Situation wird man daher am besten durch Einzelbegnadigungen gerecht. Die Annahme des kommunistischen Amnestieantrages würde nicht nur die Begnadigung der Hirtfelder-Verleumder bedeuten, sondern auch die Freilassung des Erfurter Friedhofshändlers Laidin und der nationalsozialistischen Messerstecher Gebrüder Bobis. Die Beantragung dieser Leute hat aber noch längst der Rechtsausschuß einstimmig mit den Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Darum begnügen wir uns für die Zeit nach 1924 mit der Gnadenpraxis des preussischen Justizministers, das allein bei der Hindenburg-Amnestie über 9000 Gnadeneweise verfügt hat. (Bravo! links.) Damit geht Preußen allen deutschen Ländern voraus.

Wir dürfen aber die Kommunisten auch fragen, wie es mit der Amnestie in Rußland steht. (Große Unruhe bei den Kommunisten.) Dort werden ja nicht bloß Menschenleben und Sozialrevolutionäre eingekerkert und von der Jubiläumsumnestie ausgeschlossen — auch für Sinowjew und Trotski stehen die Gefängnisse ja schon bereit. (Sehr gut! bei den Kommunisten!)

Ich habe mitangesehen, wie 3000 Berliner Kommunisten in der neuen Welt geradezu in Verzückung gerieten, als sich ihnen Sinowjew persönlich zeigte, und ich bin überzeugt, wenn morgen Sinowjew und Trotski die Macht in Rußland an sich reißen könnten, würden Sie, meine Herren Kommunisten, vor ihnen genau so auf dem Bauch liegen, wie jetzt vor Stalin. (Großer Lärm bei den Kommunisten!) Sie müssen ja! Bei Ihnen geht es doch ganz nach dem Grundgesetz, was Brot ich esse, das Lied ich singe. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin nicht boshaft genug, zu beantragen, daß wir in Preußen ein Amnestiegesetz nach dem Muster der russischen Jubiläumsumnestie schaffen. Aber das möchte ich doch offen aussprechen: im Grunde genommen, sind die Kommunisten mit unserer weitherzigen Begnadigungspraxis in Preußen sehr zufrieden, und sie wären ganz außerordentlich froh, wenn das Reich denselben Justizkurs hätte wie wir.

Daß im Reiche die Reaktion herrscht, liegt zum großen Teil an den Kommunisten, aber mit ihnen oder ohne sie — bei den nächsten Wahlen wird es geändert werden! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Dr. Schmidt: Im Rahmen meiner Zuständigkeit gebe ich mir die größte Mühe, alle gnadenwürdigen Personen auch zu begnadigen. Auf Grund der Hindenburg-Amnestie haben wir über 9000 Gnadeneweise erlassen, die Tilgungsvermerke nicht eingerechnet.

Hg. Dr. Gejmel (Dem.): Abgesehen von der weitherzigen Gnadenpraxis des Justizministeriums erledigt unser Rechtsausschuß noch jährlich 2000 Gnadenfälle.

Hg. Dieb (Komm.): Unsere Amnestieforderung richtet sich gegen die Klassenjustiz, während die Strafbarkeit in Rußland nur im Dienst der Arbeiterklasse arbeitet. Die jetzt üblichen Begnadigungen unter Bewährungsfrist sind eine Infamie.

Ein Schlußantrag wird angenommen, ebenso gegen die Stimmen der Kommunisten der Antrag des Rechtsausschusses. Nächste Sitzung Dienstag, 12 Uhr. Notgesetz zur Aufhebung der Gutsbezirke. Abstimmungen um 2 Uhr.

Das Gute liegt so nah...

Nicht dem großen Glück nachjagen, das so schwer zu fassen und noch schwerer zu tragen ist. Wohl den immerfrohen Lebenskünstlern, die sich in jeder Lebenslage zurechtfinden und überall einen Streifen Licht sehen. Auch aus den kleinen Dingen strömt ihnen Freude zu, Lebensbejahung. Freunde, fühlt euch reich im Winkel! Ihr seid gesund — welch ein Glück! Ihr raucht vernünftig eure Massary-Privat, die wundervolle, aufmunternde, beglückende 4-Pfg.-Zigarette: welch ein Genuß!

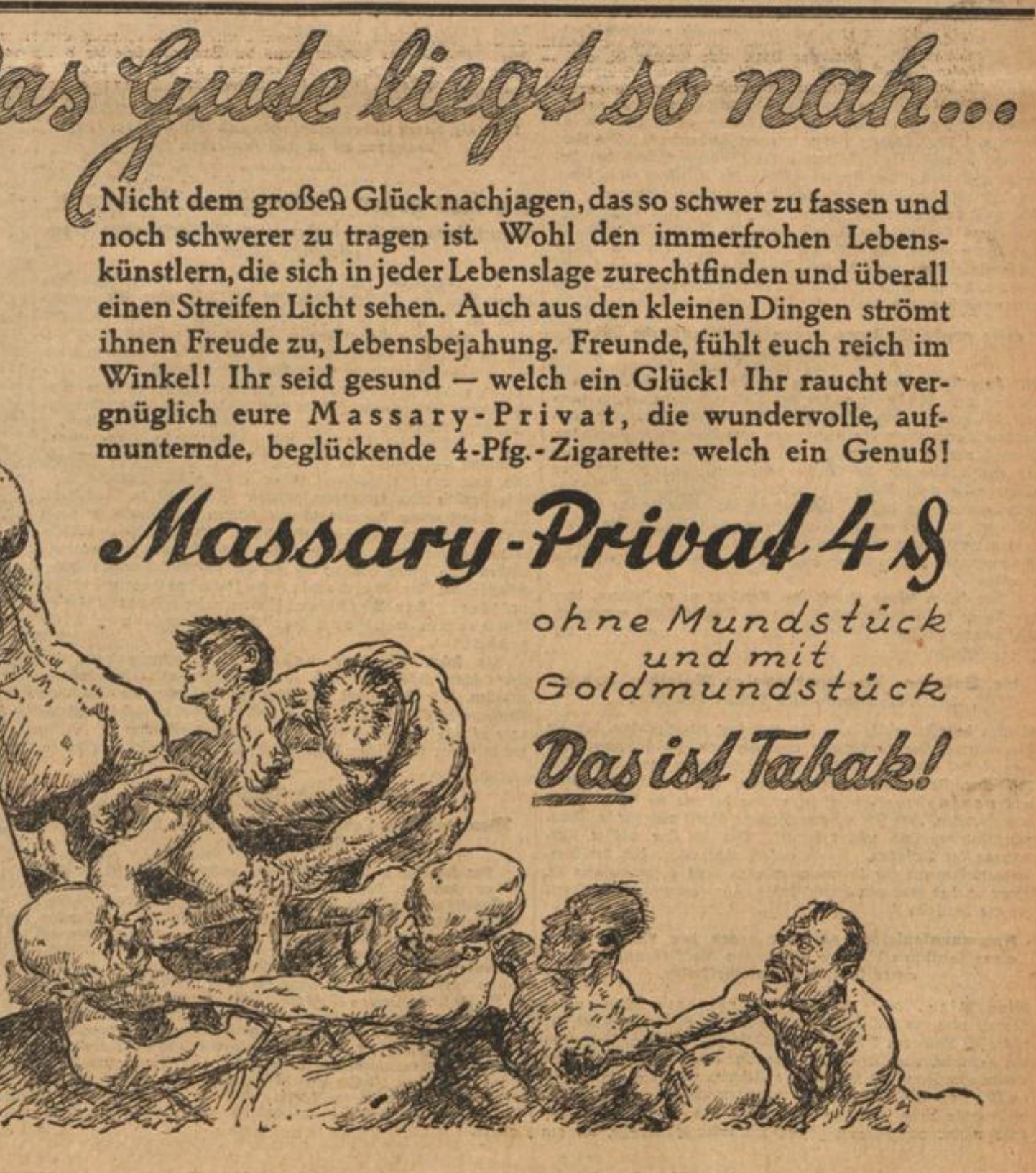
Massary-Privat 4 S

ohne Mundstück
und mit
Goldmundstück

Das ist Tabak!

Auch die älteren Schwestern der Massary-Privat sind reifer als gestern, sind vollkommene Tat:
Massary-Delft 5 Pf.
Massary-Ritter 6 Pf.
Massary-Diplomat 8 Pf.

Die Massary



Bürgerblockinterpellationen im Reichstag.

Klagen über Wirtschafts- und Besatzungsnot — aber die Hilfe?

Die getrige Reichstags-Sitzung wurde um 4 Uhr nachmittags eröffnet. Der Platz des am Sonnabend gestorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Silber Schmidt ist mit Lammengrün geschmückt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet

Präsident Löbe

dem Abgeordneten Silber Schmidt, dessen Leben durch einen Schlaganfall so schnell beendet wurde, einen warmherzigen Nachruf. Ein charakteristisches Arbeiterdasein ist mit ihm zur Rüste gegangen. Bis zum Alter von 33 Jahren war er als Maurer tätig, dann wurde er von seinen Kollegen zum Aufbau des Maurerverbandes berufen, dem später der Bauarbeiterverband folgte. Die Wähler des früheren Kreises Wanzleben haben ihm aber auch die politische Vertretung übertragen, seit 1912 gehört er dem Reichstag und der Nationalversammlung als eines der rührigsten Mitglieder an. Besonders eifrig hat er im Wohnungs- und Siedlungsausschuss gearbeitet. Noch zwei Tage vor seinem Tode hat er dem Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion mitgeteilt, an welchen Arbeiten er noch teilzunehmen gedächte. Das hat der Tod verhindert. Der Reichstag wird diesem Manne ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Abgeordneten hätten sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben.

Ohne Aussprache wird ein deutsch-portugiesisches Abkommen über den Zivilprozess in allen drei Bezügen angenommen. Eine Novelle zum Gesetz über Depot- und Depositengeschäfte geht an den volkswirtschaftlichen Ausschuss. Ein Schreiben des Reichsfinanzministers über die Veräußerung eines reichseigenen Grundstückes in Mainz zur Straßenverbreiterung geht an den Haushaltsausschuss.

Der Anschlag der Eisenindustrie.

Abg. Kädel (Komm.) beantragt die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrags zu dem Konflikt in der Schwerkmetalleisenindustrie.

Abg. Müller-Franken (Soz.)

erklärt dazu, daß selbstverständlich der Reichstag schnellstens Gelegenheit nehmen muß, zu diesem schweren Konflikt Stellung zu nehmen. Wir haben ja jetzt erst bei der Beratung unserer Interpellation über die Wirtschaftslage die Regierung gefragt, ob sie etwa auf die Durchführung ihrer Verordnung verzichte. Es ist notwendig, daß sich die Regierung dazu äußert. Nunmehr müssen aber erst die Fraktionen Gelegenheit haben, sich über die neue Situation in der Schwerkmetalleisenindustrie auszusprechen.

Abg. v. Guérard (Ztr.) wendet sich gegen die Behauptung des kommunistischen Redners, als ob das Zentrum die auf der Tages-

ordnung stehende Interpellation nur zu Agitationszwecken eingebracht hätte.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erklärt, daß sein Ministerium sich mit dem Antrag der Industriellen auf Hinausschiebung der Durchführung der Verordnung über das Dreischichtensystem sich bereits geäußert habe. Es hätten über diese Eingabe Verhandlungen stattgefunden, über die ein Bericht veröffentlicht wurde.

Die Industrie sei aufgefordert worden, ihre Vorbereitungen zur Durchführung der Verordnung nicht zu stillen.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Notlage im Badener Revier — eine Zentrumsinterpellation.

Es folgt die Beratung der Zentrumsinterpellation über die Notlage des Nacher Wirtschaftsgebietes in Verbindung mit drei Interpellationen der Regierungsparteien über die Notlage in der Pfalz und im Rheinland und über die Verkehrsverhältnisse im Osten.

Abg. Sinn-Nachen (Ztr.) weist darauf hin, daß sich die Verhältnisse im Nacher Gebiet dauernd verschlechtert hätten. In den letzten Jahren seien dort 57 Industriebetriebe und 2 Bergwerke stillgelegt worden, der Bezirk habe jetzt die stärkste Erwerbslosigkeit. Der Nacher Bergbau leide unter der Konkurrenz der benachbarten holländischen und belgischen Kohlenbezirke sowie des Ruhrbergbaues. Alle Bemühungen, billigere Frachten und günstigere Verkehrsverhältnisse herbeizuführen, seien gescheitert. Die zuständigen Ministerien müßten sich persönlich von der Grenznot des Nacher Bezirks überzeugen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

führt aus, die Reichsregierung prüfe im Einvernehmen mit der preussischen Staatsregierung, welche Maßnahmen zur Besserung getroffen werden könnten. Die besondere Notlage der Wirtschaft im Nacher Gebiet sei darauf zurückzuführen, daß die Eisenwerke dieses Bezirks durch den Verfall der Verträge ihrer Rohstoffbasis beraubt wurden. Weitere Schädigungen seien eingetreten durch die Besetzung und durch die Inflation in Frankreich und Belgien. Unter den Hilfsmassnahmen, die erwogen werden, stehen an erster Stelle verkehrspolitische Erleichterungen. Die Reichsregierung sei mit der Reichsbahngesellschaft in Verhandlungen getreten, sie habe auch im Sinne der Denkschrift des Verkehrsministeriums die Frage geprüft, ob und inwieweit ein weiterer Ausbau der Wasserstraßen und Eisenbahnen vorgenommen werden könne.

Abg. Eshardt (Ztr.) der die zweite Interpellation begründet, behauptet es, daß die Mittel für den Ausbau der Oberwasserstraße, des Rhodnigkanals und eines billigen Transportweges des Reichenbach-Neuroder-Baldburger Industrie- und Kohlenreviers nicht zur Verfügung gestellt worden sei. Dadurch würden großwirtschaftliche Industrie- und Niederschleifenskonkurrenzunfähig gemacht werden. Die gefährdeten Wirtschaftsgebiete müßten verlangen, daß durch ein besonderes Gesetz diese Verkehrsfragen geregelt werden und eine leistungsfähige Wasserstraße von Oberschlesien bis Stettin gesichert werde.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch

bemerkt dazu: Neben Regulierungsarbeiten an der Oder sei der Bau eines Staubeckens bei Dittmachau vorgesehen; es sei zu hoffen, daß durch diese Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit Schlesiens gehoben werde. Die für 1928 angeforderten Mittel seien so stark eingeschränkt worden, daß mit der Fertigstellung des Mittellandkanals nicht vor 1937 gerechnet werden könne. Entsprechende Einschränkungen seien auch für die Oder notwendig gewesen. In den folgenden Jahren werden jedoch zur planmäßigen Fortsetzung des Ausbaues der Oder weit höhere Beträge flüssig gemacht werden müssen. Der Abschluß der Vorarbeiten für den Rhodnigkanal sei in nicht mehr ferner Zeit zu erwarten. Von dem Ergebnis dieser Vorarbeiten werde es abhängen, ob der Kanal als wirtschaftlich und baumwürdig empfohlen werden kann. Die Arbeiten für den Ausbau des Oder-Spreew-Kanals werden voraussichtlich 1930 beendet sein. Es lasse sich zurzeit noch nicht übersehen, ob Reichsmittel für den Bahnbau im Baldenburger Industrie- und Kohlenrevier zur Verfügung gestellt werden können. Die Regierung aber werde auch diesem Gebiet gegenüber ihre Pflicht tun.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Ztr.) begründet dann eine Interpellation, die sich mit der Notlage der Rheinpfalz beschäftigt. Die französische Besatzung habe sich als niederdrückender Faktor im Wirtschafts- und Kulturleben erwiesen. 150 000 Hektar besten Ackerlandes seien von den Franzosen als Flugplätze in Anspruch genommen worden. (Hört, hört.) Dazu komme die Abwanderung und der Verlust des wirtschaftlichen Hinterlandes durch die Saargrenze und durch den Verlust Elsaß-Lothringens. Besonders notleidend sei die Landwirtschaft, die kleine Schuh- und Zigarrenindustrie.

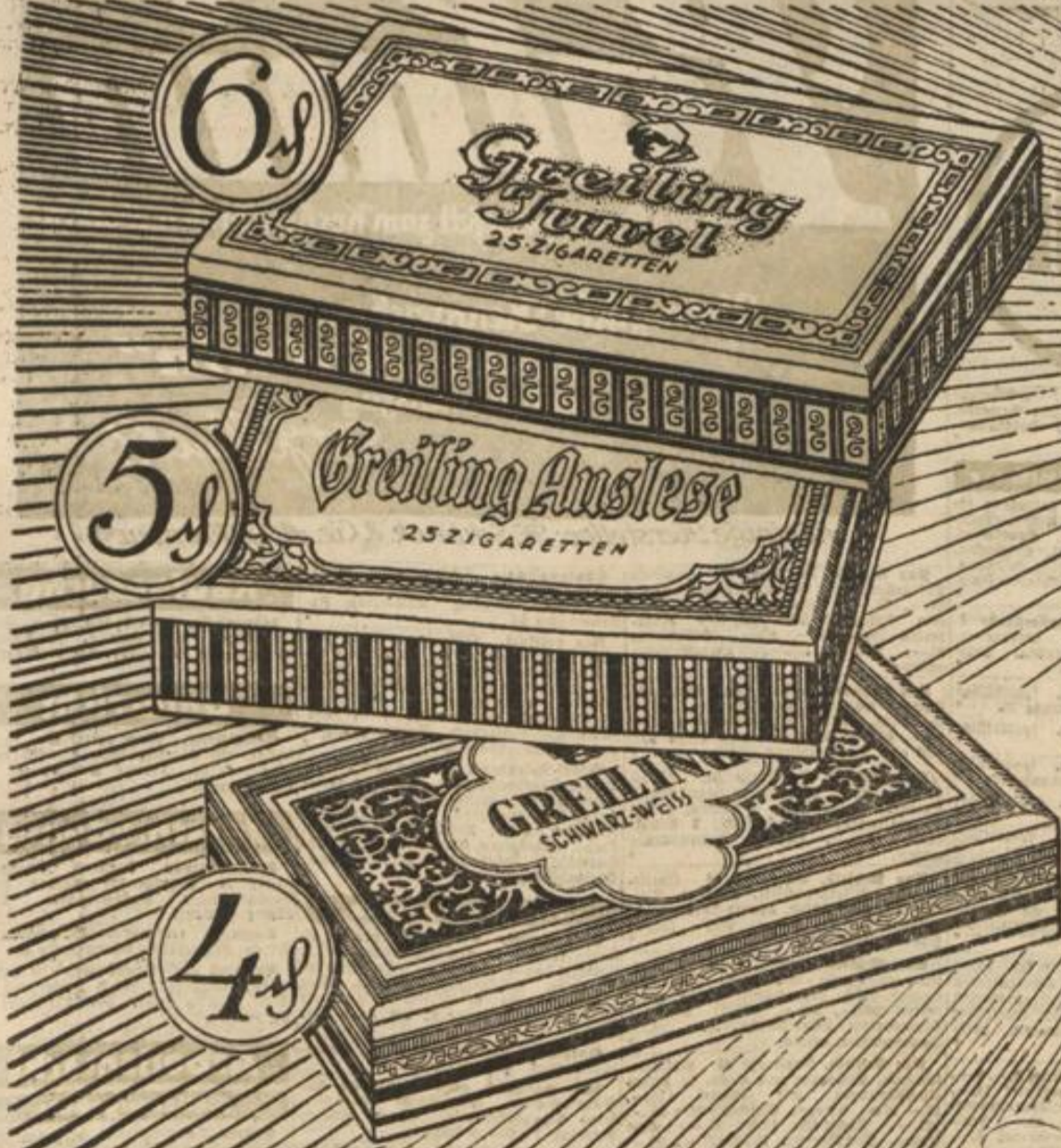
Abg. v. Dröbner (Dnat.) begründet zwei weitere Interpellationen über die wirtschaftliche Notlage in der Pfalz, Rheinhesse und im Bezirk Lrier. Er erörtert die Notstände, die durch den unverminderten Besatzungsdruck in der dritten Zone entstanden seien. Staatssekretär Schmid vom Reichsministerium der besetzten Gebiete sagt, daß der Regierung die hier geschilderte Notlage bekannt sei. Die Verhandlungen über die Verwendung des bisher schon bewilligten Grenzfonds ständen jetzt vor dem Abschluß.

Das Haus tritt in die Besprechung der Interpellationen ein.

Abg. Frau Schiffgens (Soz.)

betont, daß man bei der Betrachtung dieser, sämtlich von den Regierungsparteien eingebrachten Interpellationen zu der Auffassung kommen müsse, daß hier schon Vorbereitungen für den Bahnkampf getroffen werden. Wenn es den Regierungs-

Dresdens größte und erfolgreichste Zigarettenfabrik bringt drei neue Schlager nach Berlin, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen



Diese Schutzmarke auf unseren Packungen verbürgt höchste Qualität und ist ein Symbol wirklicher, Deutscher Wertarbeit.

In Berlin in allen feinsten Spezial-Geschäften zu haben



parten Ernst ist mit der Hilfe für das besetzte Gebiet, dann sollten sie doch dafür sorgen, daß die Entwürfe der Sozialdemokraten, vor allem auf Wiedereinführung der Sozialversicherung, angenommen werden. Wir wissen, wie diese Gebiete vor allem während des Ruhrkampfes gelitten haben. Jetzt noch herrscht hier eine ungeheure Kollage, unter der besonders die Arbeiterschaft zu leiden hat. Es müssen diese Gebiete bei der Vergabung von Staatsaufträgen mehr als bisher berücksichtigt werden. Die Notlage des Aachener Bezirks ist als brennend zu bezeichnen, schnelle Hilfe muß geschaffen werden, wenn nicht ein wertvolles Wirtschaftsgebiet verloren gehen soll. Das Aachener Gebiet hat keine Wasserstraßen, die jahrelangen Verhandlungen mit der Reichsbahn auf Reform der Gütertabelle haben bisher noch nicht zu einem brauchbaren Ergebnis geführt.

Die Wurmkohe ist gegenüber der Ruhrkohe bei der Lieferung nach Mannheim mit 2,16 M. pro Tonne Mehrlauf vorbelastet. Dadurch wird die Aachener Industrie konkurrenzunfähig, die Arbeiterschaft muß in andere Gebiete abwandern, weil viele Betriebe stillgelegt werden.

Die Arbeitslosigkeit im Aachener Bezirk ist höher als im übrigen Reich, von einem Konjunkturaufschwung war bisher nicht viel zu spüren. In der Aachener Textilindustrie ist die beschäftigte Arbeiterzahl von 15 000 vor dem Kriege auf 5000 heruntergegangen. Bei einer Einwohnerzahl von 156 100 hat Aachen noch heute 10 270 Erwerbslose. (Hurt, hurt.) In den kleinen Gemeinden sieht es noch schlimmer aus, man weiß fast nicht mehr, wo die Mittel zur Unterhaltung hergenommen werden sollen. Die Unternehmer im Aachener Bezirk versuchen durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch Druck auf den Lohn eine Senkung der Selbstkosten herbeizuführen. Unbeschreiblich ist das Wohnmangel im Aachener Gebiet, mochten sich der preussische Innenminister selbst überzeugen mühen. Es muß sofortige Hilfe geschaffen werden, vor allem durch den Bau einer Wasserstraße

nach dem Rhein. Die darüber geführten Verhandlungen sind über die Prüfung eines Projekts nicht hinausgekommen. Die Bevölkerung verheißt nicht, daß der heftige Widerstand dagegen besonders von den Ruhrindustriellen geleistet wird. Das ist um so weniger zu verstehen, wenn man sieht, wie sich das holländische Ruhrgebiet von dem Bezug der Kohle aus dem Aachener Gebiet immer mehr unabhängig zu machen versucht, und jetzt durch den Bau einer eigenen Wasserstraße nach dem Rhein die Frachtkosten seiner Kohlen aus dem Aachener Bezirk zu verbilligen sucht. Technisches sehen wir in dem benachbarten belgischen Gebiet. In der Schaffung menschenwürdiger Wohnungen wird in den Grenzgebieten der anderen Länder unvoeglichlich mehr geleistet als bei uns. Ein Rückschlag in der Berücksichtigung der besetzten Gebiete ist seit dem Rücktritt des Ministers Krohne eingetreten, der jetzige Reichsverkehrsminister Koch hat bisher noch nichts zur Besserung der Lage getan. Wir verlangen schnellstmögliche Hilfe ehe es zu spät wird. (Lebb, Weisfall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Japs (Dnl.) erwartet, daß in dem diesjährigen Etat die erforderlichen Mittel für die Grenzgebiete eingestellt werden.

Abg. Fischel (Dem.) spricht die Befürchtung aus, daß die im Aachener Gebiet gewünschte Wasserstraße nicht die von ihren Befürwortern erwünschte Wirkung haben würde, es sei dann erhebliche Konkurrenz aus dem Ruhrgebiet zu befürchten. Es müsse genau geprüft werden, mit welchen verkehrspolitischen Mitteln dem Bezirk geholfen werden könne.

Abg. Mollath (Wirtsch. Bg.) erinnert daran, daß sich die Verhältnisse im Aachener Gebiet, seitdem sie im Februar d. J. im Reichstag zur Sprache gebracht worden seien, noch verschlechtert hätten.

Am 19 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag, 16 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung, verbunden mit einem Antrag der Sozialdemokratie, dazu zweite und dritte Lesung der Krankenversicherung der Soldaten. Die Abstimmung über die Mißtrauensentwürfe der Regierung sollen um 18 Uhr vorgenommen werden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einrichtungen für diese Rubrik sind:
Berlin S O 66, Lindenstraße 3.

Boranzige.

Öffentliche Kundgebung gegen den Faschismus und für die Beilegung der Todesstrafe

am Dienstag, dem 13. Dezember, 19 Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41. — Redner: Arthur Crispian, Dr. Kurt Rosenfeld und als Vertreter der russischen Sozialdemokratischen Genosse Abramowitsch.

An diesem Abend finden andere Parteiveranstaltungen nicht statt. Die Funktionäre sorgen für zahlreiche Beteiligung.

Der Bezirksvorstand.

1. Kreis Mitte, Mittwoch, 7. Dezember, 20 Uhr, Zusammenkunft der Anstellungsleiter. Leiter der Anstellungsstellen, der Sozialisten und der Arbeiterjugend bei Tuchlauben, Bismarckstr. 11.
2. Kreis Kleingarten. Der Aachener des Grafen Otto Weir will heute, Dienstag, seinen Verbindungsausschuss mit dem Aachener Bezirk leiten. Der Ausschuss wird sich am Freitag, 9. Dezember, am Berliner Platz, im Aachener Klub, 9 Uhr, in der Besprechung der Angelegenheiten der Aachener Arbeiterjugend treffen.

Heute, Dienstag, 6. Dezember:

1. Abg. 20 Uhr bei Dobrowolny, Weinmeister Str. 11, Funktionäre.
2. Abg. 20 Uhr bei Dobrowolny, Weinmeister Str. 11, Funktionäre.
3. Abg. 20 Uhr bei Dobrowolny, Weinmeister Str. 11, Funktionäre.

Morgen, Mittwoch, 7. Dezember:

1. Abg. 19 Uhr in den Vortag, Berliner Straße 147, Reichstagsbesprechung. Vortrag des Grafen Otto Weir. Außerdem lauten zwei Mitteilungen aller Mitglieder ist Pflicht. Gäste willkommen.

Größte Produktion der Welt!

OPEL

Achtgeben!

Es gibt nur ein

Palmin

feinstes Cocos-Feiselöl zum Kochen, Braten, Backen

Untrüglige Kennzeichen:

Aufschrift „Palmin“
und Namenszug
Dr. Schinck

Alleinige Hersteller: H. Schinck & Co. A.-G. Hamburg

Dr. Jacobson
Arzt für Biochemie
80 Weidenburger Str. 80
Humboldt 4297

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Donnerstag, dem 3. Dezember abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbands-hauses, Cinenstraße 33/35, Portal IV, 2 Tr.

Versammlung der Eisengießerarbeiter.

Tagesordnung: Stellungnahme zum Ablauf des Tarifvertrages. Mitgliederbuch legitimiert.

Donnerstag, dem 3. Dezember abends 7 Uhr, im Parteisaal des Verbands-hauses, Cinenstraße 33/35

Branchenversammlung der Hilfsarbeiter (Ceger, Saat-, Holz- u. Transportarbeiter, Packer, Packerinnen, Werkzeug- und Zeichnungsausgeber, Kranführer, Anbinde-, Fabrikführer und Elektroarten-Fahrer).

Tagesordnung: Stellungnahme zum Ablauf des Tarifvertrages. Mitgliederbuch legitimiert.

Es ist Pflicht jedes Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Wartung! Betriebsrat! Wartung!

Die Betriebsrat-Präsidenten Art. 34 zu erklären und kann gegen Bezahlung der Mitgliedschaftsbeiträge des Betriebsratskommitees in weiteren Bureau, Zimmer 4, abends nach 4 Uhr, im Zimmer 4 entgegen-genommen werden.

Die Oberverwaltung.

Wenn Sie den guten **Kapitän - Kopenhagener - Kautabak** einkaufen, fordern Sie nicht einfach nur Dänischen Kautabak, sondern ausdrücklich **Kapitän - Kopenhagener**. Dieser wird nur in Papier verpackt geliefert; un-verpackte Ware ist gefälscht, meist wertlos. Verkaufsstellen durch **E. Röcker**, Berlin NO, Lichtenberger Str. 22. — Telefon; Königstadt 3861

Wenn Sie ein gutes **Seifenpulver** suchen!

Dixin

Verkäufe
Toppide mit Herdplatten, 2x2, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100.

10 Kirchenausstritts-Versammlungen!

Thema: Kapital und Kirche!

Am Mittwoch, dem 7. Dezember, abends 7 Uhr:

Casino-Festhalle, Pappelallee 15
Arturo-Hof, Perleberger Straße 29
Comenianus-Halle, Memeler Straße 67
Hohenstaufensäle, Kottbuser Damm 76
Saalbau Friedrichshagen Am Friedrichshagen
Tennishof, Birkenwäldchen, Manteuffelstraße 12
Oberschönauwäldchen, Gesellschaftshaus, Wilhelminenhofstr. 34
Köpenick, bei Kobersal, Grünauer Straße 7

Am Donnerstag, dem 8. Dezember, abends 7 Uhr:

Gewerkschaftshaus, Engeler Straße 24/25
Pöhrus-Säle, Mollerstraße 142

Referenten: Dr. F. Ausländer, A. Harndt, Eise Höfs, M. d. L., W. Kubig, Claire Meyer, Dr. A. Rosenberg, Dr. F. Schiff, R. Zimmer.

Nach dem Vortrage freie Aussprache.

Die Geladenen sind besonders eingeladen.

Freiwilligste Gemeinde Berlin. — Freidenkjugend. Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände.

Bekleidungsstücke, Wasche usw.

Von Kasellense wenig prägnant (wie neue Herrenanzüge, Hüte, Pelz- und Lederwaren, Sportkleidung, Regen- und Winterkleidung, Pelzwaren, etc.).

Wohlfühler, 2x2, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100.

Kaufgesuche

Unterricht

Verschiedenes

Musikinstrumente

Arbeitsmarkt

Helfenangebote

Linoleumleger!

Kaufgesuche

Unterricht

Verschiedenes

Musikinstrumente

Arbeitsmarkt

Helfenangebote

Linoleumleger!

Theater, Lichtspiele usw.

Staatsober Am P. d. Repubi... Der Kuß... Troubadour... Weh dem der lügt

Volksbühne Theater am... Peer Gynt... Schieber des Ruhms

8 Homische Oper 8 Alles Nackt! Nach d. gleichn. Paris. Revue

CASINO-THEATER Klein-Kleidersdorf! Ausschneiden, Gutschein

8 SCALA Drei (original) Fratellini und andere weltberühmte

Wintergarten Räucher... gestaffelt

Reichshallen-Theater Stettiner Sänger... Operette v. Bromme

Theater am Kottbusser Tor Elite-Sänger... Wundervolles Weibchenprogramm

Circus Kapt. Schneider 100 Löwen 100 Sensationsprogramm!

Theater des Westens Trianon-Th. Frasquita... Operette von Lehár

Ziehung 9. u. 10. Dez. Geld-Lotterie 130 000... H. C. Kröger A.G.

Deutsches Theater Norden 16334-37 Zum 50. Male: Corothen Angermann

Bronx-Expres Die Komödie... Die Ehe von Welt

Berliner Theater Max Adalbert... PISCATORBÜHNE

Großes Schauspielhaus DER MIKADO... mit Max Pallenberg

Neues Theater am Zoo Täglich 8 Uhr Die Hotelratte

PPP PRIMUS-PALAST Ein heiterer Zille-Film... Schwere Jungen - Leichte Mädchen

Ich bin der Apfel der frischen Mostbereitung... CLOU BERLINER KONZERTHAUS

Thalia-Theater Der rote Hahn... Chicago

Rose-Theater Einor von unsere Leut...

Lustspielhaus „Zaza“

Metropol-Th. Paganini... Walhalla-Th.

Circus Busch Neues Circusprogramm... „Der bayrische Hiesel“

Renaissance-Theater Die Schule von Uznadi... Ortskrankenkasse für die Gewerbe der fischer u. Piano-Ordnung

Emilie Prillwitz geb. Kiehlblock... Karl Wasserzier

Deutscher Metallarbeiter-Verband Karl Wasserzier... Die Einlieferung findet am Sonntag

DEUTSCHER BAUGEWERKSBU... Hermann Silberschmidt... Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 8. Dezember, 18 1/2 Uhr im Großen Saale des Gewerkschaftshauses statt.

Emil Oehlert und Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit

Professor Rudolf Neunzig infolge eines Verleidens... Die Einlieferung findet am Mittwoch, dem 7. Dezember, 18 Uhr

Sach langem, schwerem Leiden verstarb heute abend 10 1/2 Uhr meine im jüngsten Alter, unsere herzlichste Tochter, Schwester und Großmutter

Soweit Vorrat reicht: Frisch geschlachtete Junge, zarte Pests-Gänse 1.20... Insekten im Vorwärts führen Erfolg!

Nervöse nehmen zur Beruhigung der Nerven folgende Rezept:

Am Sonntagabend, dem 3. Dezember, verschied unerwartet nach kurzem, schwerem Leiden mein innig geliebter Mann, mein treusorgender Vater, unser lieber Schwager und Onkel

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer E. V. Nachruf Ein guter Kamerad, Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Nachruf! Am Sonntagabend nachmittags erreichte uns die erschütternde Nachricht, daß der leitende Redakteur der in unserem Kommissionverlage erscheinenden „Illustrierten Reichsbanner-Zeitung“ Herr Gustav Krüger aus dem Leben geschieden ist.